Nr. 69. Halle (Saale), Freitag, den 22. März 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk., vierteljährlich 3.— Mk. frei Haus oder bei Postbezug ab Postamt. Für Zustellung durch Postbote monatlich 14 Pfg., vierteljährlich 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Für Kriegsfamilien 80 Pfg.
Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag nachmittag.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16166.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespalt. 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Von der Friedensbestätigung.

Berlin, 21. März. Die Nordd. Allg. Zeitung schreibt: Im Auftrage des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten überreichte heute im Auswärtigen Amte Herr Petroff, Vorsitzender des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten im Sowjet, eine offizielle schriftliche Mitteilung darüber, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk am 16. d. M. von der Außerordentlichen Allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten in Moskau ratifiziert (bestätigt) worden ist.

Berlin, 22. März. Wie die Presse meldet, soll sich beim Besuch des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten im Auswärtigen Amt gezeigt haben, daß es der feste Wille Rußlands sei, zu einem schnellen Abschluß des deutsch-russischen Friedens zu gelangen. Einige Schwierigkeiten, die bis jetzt noch der Ratifikation entgegenstanden, scheinen inzwischen bis zu einem gewissen Grade beseitigt zu sein. Die russische Regierung habe die sofortige Zurückführung der über 600 verschleppten Bewohner Livlands und Estlands anbefohlen.

•

Der Hauptausschuß des Reichstages genehmigte am Donnerstag nach längerer Aussprache den Friedensvertrag mit Rußland, sowie den Wirtschaftsvertrag und das Schlußprotokoll und nahm zum deutsch-russischen Zusatzvertrag einen gemeinsamen Antrag der Parteien an, bei den weiteren Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Uebernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken, gegen Zusicherung der Gegenseitigkeit seitens des Deutschen Reiches.

Kritik des Gewaltfriedens.

Beim § 8, der die neue Grenzziehung vorsieht, hatte eine lebhafte Debatte eingesetzt. Genosse Ledebour machte geltend, daß die Zerreißung der lettischen und estischen Gebiete den Wünschen der Bevölkerung widerspreche. Auch sei die geplante staatliche Neuregelung Kurlands als Herzogtum mit dem König von Preußen an der Spitze nur im Widerstand gegen die Masse der Bevölkerung durchzusetzen. Der Text des Vertrages enthalte die merkwürdige Wendung, daß die Neuregelung von den okkupierenden Mächten „im Benehmen" mit der Bevölkerung vorgenommen werden solle. Durch das gut deutsche und verständliche Wort „Einvernehmen" wäre die Zustimmung der Bevölkerung erforderlich gemacht worden. Das habe man durch Wahl der vieldeutigen und unklaren Wendung „im Benehmen" vermeiden wollen. Es komme der Reichsregierung also offenbar darauf an, wenn die Bevölkerung nicht auf ihre Vorschläge eingehen wolle, ohne deren Zustimmung zu verfahren. Das beschwöre die größten Gefahren für die Zukunft herauf. Eine Lösung aller aus dem Vertrage sich ergebenden Schwierigkeiten lasse sich nur erhoffen, wenn im Einverständnis mit der russischen Regierung jedem dieser Randvölker die Entscheidung in freier Volksabstimmung überlassen bleibt.

Von den Abgeordneten v. Rechenberg (Zentrum) und Junck (Natl.) wurde gleichfalls ausdrücklich betont, daß Livland und Estland nicht ohne Zustimmung der russischen Regierung irgendwie in andere staatliche Zustände überführt werden könnten. Der konservative Abgeordnete v. Goßler (zugleich Chef der kurländischen Landesverwaltung) stimmte in der Kritik der Zerreißung des lettischen Landes mit Ledebour überein, kam aber zu dem entgegengesetzten Schluß, daß nicht die Bevölkerung selbst über ihre eigenen künftigen Geschicke entscheiden solle. Er befürwortete vielmehr „**die autoritäre Gewalt des Trägers der preußischen Krone**" als Retter für die baltischen Lande. Auf die Frage Ledebours: „Also den Absolutismus?" erwiderte v. Goßler: „**Nun ja, nennen Sie es meinetwegen Absolutismus.**" Herr v. Goßlers Versuch, das Zustandekommen der Wahl zum kurländischen Landtag zu rechtfertigen, kam nur auf eine Bestätigung der von Ledebour im Plenum angeführten Mitteilungen unserer lettischen Genossen hinaus, daß tatsächlich die Gemeindeältesten nur Werkzeuge der Okkupationsverwaltung sind und daß der Landtag in keiner Weise als Mundstück der Volksmeinung angesehen werden kann. Herr v. Goßler freilich, unter dessen Leitung der „Landtag" die Errichtung eines Herzogshutes beschloß, will den Landtag anerkennen. Die lettischen Landarbeiter seien vertreten, „freilich indirekt", d. h. durch die Grundbesitzer. (!) „Die städtischen Arbeiter allerdings sind nicht vertreten; **ihnen kann man auch wegen ihres revolutionären Charakters eine sozialistische Mitwirkung nicht zugestehen. Eine selbständige lettische Republik können wir im deutschen Interesse nicht zulassen, nur das Herzogtum oder die Personalunion kommen in Frage.**" — Diese und ähnliche autoritäre Erklärungen lösten scharfen Widerspruch der äußersten Linken aus, aber die Mehrheit stimmte den Friedensverträgen zu.

•

Schiedsgerichtsklausel.

Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm bei Beratung des deutsch-russischen Zusatzvertrages eine gemeinsame Entschließung an, wonach bei Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Uebereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen sei, daß **Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung einem Schiedsgericht unterbreitet werden** und daß in die künftigen Friedensverträge **die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen werde.** Ein sozialdemokratischer Antrag, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine **Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung** zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden sollen, wurde einstimmig angenommen. Eine konservative Entschließung, bei den künftigen **Kriegsverträgen die Zahlung** von Kriegsentschädigungen auszubedingen, soll in anderer Fassung der Vollversammlung vorgelegt werden. Der Hauptausschuß vertagte sich bis 16. April.

•

Es gelang nicht, die Einmischung in Finnland zu hindern.

Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des Reichstages lehnte den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten, **die Alandsinseln zu räumen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Finnlands zu mischen, weder durch Truppensendungen, noch durch Waffenlieferungen, mit zwiß gegen zehn Stimmen ab.** Unterstaatssekretär von dem Bussche erklärte, die Expedition nach Aland solle nicht länger als unbedingt „notwendig", ausgedehnt werden. In Finnland müßten noch weitere Kämpfe gegen bolschewistische Banden geführt werden, die noch in der letzten Zeit Zuzug und Panzerautos aus Petersburg erhalten hätten. — Einzelheiten aus der Besprechung des Antrages sind noch nicht gemeldet.

•

Der Ukrainerfrieden. Kiew, 18. März. Die Kleine Rada hat gestern der Ratifikation des Friedensvertrages zwischen Deutschland und der Ukraine mit großer Mehrheit zugestimmt.

•

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Aus Bukarest wird berichtet: Am Sonnabend beginnen die offiziellen Friedensverhandlungen in Bukarest mit dem Ministerium Marghiloman. Bessarabische Delegierte sind in Bukarest zur Teilnahme an den Friedensbesprechungen eingetroffen.

Im englischen Unterhause teilte Lord Cecil am Mittwoch mit, daß mit der Berufung Marghilomans der diplomatische Verkehr Rumäniens mit der Entente aufgehört habe. Es schweben **Verhandlungen über den Fortgang der alliierten Staatsangehörigen aus Rumänien.**

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 22. März 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Ostende wurde von See her beschossen. In belgisch- und französisch-Flandern hielt starker Feuerkampf an. Mehrfach drangen Erkundungsabteilungen in die feindlichen Linien ein.

Von südöstlich Arras bis La Fère griffen wir englische Stellungen an. Nach starker Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfern stürmte unsere Infanterie in breiten Abschnitten vor und nahm überall die ersten feindlichen Linien.

Zwischen La Fère und Soissons, zu beiden Seiten von Reims und in der Champagne nahm der Feuerkampf an Stärke zu. Sturmabteilungen brachten in vielen Abschnitten Gefangene ein.

Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht. Unsere Artillerie setzt die Zerstörung der feindlichen Infanteriestellungen und Batterien vor Verdun fort. Auch an der lothringischen Front war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

•

Die Kämpfe an der Westfront.

Wien, 21. März. Nach der N. Fr. Presse beträgt die Stärke der Verbündeten an der Westfront 160—170 Divisionen, während die Manövrierarmee 20 bis 30 Divisionen umfaßt. An der deutschen Westfront ist die Heeresgruppe Gallwitz zwischen die Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht eingeschoben worden. Im Gefüge der Fronten wurden beiderseits wichtige Aenderungen durchgeführt und tiefgreifende Vorbereitungen hinter der Front getroffen.

•

Angriffe auf die flandrische Küste. Berlin, 21. März. Torpedostreitkräfte Flandern haben am 21. März früh in drei Gruppen die Festung Dünkirchen, sowie militärische Anlagen bei Bron Dunes und die Panne nachhaltig unter Feuer genommen. Die Aufschläge lagen überall gut; in dem umfangreichen Barackenlager bei de Panne, das mit 800 Schuß belegt wurde, brachen zwei große Brände aus. Die Küstenbatterien erwiderten das Feuer heftig, aber ergebnislos. Auf dem Rückmarsch kam es zu einem Feuergefecht mit einigen feindlichen Zerstörern, die sich jedoch zurückzogen, nachdem sie mehrere Treffer erhalten hatten. Die am Vorstoß beteiligten Streitkräfte sind ohne Beschädigungen oder Verluste eingelaufen. Zwei unserer kleinen Vorpostenboote sind heute nacht von einer Fahrt westlich Ostende nicht zurückgekehrt und müssen als vermißt gelten. **Der Chef des Admiralstabes der Marine.**

•

Spaniens Neutralität. Madrid, 18. März. Heute wurde das Parlament eröffnet. Der König verlas die Thronrede. Sie betont zunächst die herzlichen Beziehungen, welche Spanien mit allen Völkern der Welt aufrechterhalte, und erklärt, daß Spanien in offenbarer Uebereinstimmung mit der Bevölkerung des Landes an der Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn die Regierung auch dem Beispiele der friedlichen Nationen folge, so sei sie doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken.

•

Ententekonferenz. Eine Meldung besagt: Auf der Londoner Konferenz wurde über manche wichtige Frage eine Einigung nicht erzielt.

Manifest.

Die Resolutionen der sozialistischen Interalliiertenkonferenz.

Die sozialistische Interalliiertenkonferenz, die am 20. Februar in London zusammentrat, hat das Ergebnis ihrer Arbeiten in zwei Resolutionen niedergelegt, deren Wortlaut wir im folgenden veröffentlichen. Die erste Resolution beschäftigt sich mit dem Krieg und der Stellung der Ententesozialisten zum Kriege, die zweite mit den Friedensbedingungen und dem Aufbau der Welt nach dem Kriege.

I.

Der Krieg.

„Die Interalliiertenkonferenz erklärt, daß, welches auch die Ursachen gewesen sind, die den Krieg herbeigeführt haben, die Völker Europas, die naturnotwendig die hauptsächlichen Opfer der Schrecken des Konfliktes sind, tatsächlich selbst keine Verantwortlichkeit dafür haben.

Die Konferenz sieht keinen Grund dafür, sich von der einstimmig von der Konferenz der alliierten sozialistischen und Arbeiterparteien am 14. Februar 1915 angenommenen Erklärung zu trennen." (Es folgt noch einmal der Text dieser Erklärung.)

II.

Die Welt muß sicher für die Demokratie sein.

„Welches auch die Ziele sein mögen, für die der Krieg unternommen wurde, so ist die Hauptabsicht der Interalliiertenkonferenz, indem sie die Fortsetzung des Kampfes annimmt, für die Zukunft der Demokratie alle Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

Von allen Friedensbedingungen ist keine für die Völker der ganzen Welt so wichtig, als den Frieden so zu machen, daß es in Zukunft keinen Krieg mehr geben kann. Wer auch Sieger sein wird, die Völker werden sich als die Unterlegenen fühlen, wenn man nicht ein internationales Regime aufrichtet, das dazu bestimmt ist, jeden Krieg zu verhindern. Was würde es helfen, das Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, zu proklamieren, wenn dieses neuen Verletzungen ausgesetzt bliebe, wenn es nicht durch eine oberste internationale Macht geschützt wäre, die nichts anderes sein kann als die Gesellschaft der Nationen.

Nicht nur die gegenwärtig kriegführenden, sondern auch die andern souveränen und unabhängigen Staaten müssen aufgerufen werden, sie zu bilden.

Die so verstandene Gesellschaft der Nationen setzt die sofortige Errichtung eines Internationalen Gerichtshofes voraus, nicht nur, um alle die Beschwerden zwischen den Staaten auszutragen, die auf dem Wege des gewöhnlichen juristischen Ganges nicht gelöst werden können, sondern um eine schnelle und praktische Vermittlungsmethode bei Streitigkeiten zwischen den Staaten festzulegen, für Angelegenheiten, die sich aus der Macht und Ehre dieser Staaten ergeben.

Unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen soll sich auch die Befragung der Völker vollziehen. Das Recht der Völker ist nur gültig durch die Abstimmung der Völker. Die Gesellschaft der Nationen muß die internationalen Verfahren aufstellen, die Modalitäten regeln, durch die die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Abstimmung gewährleistet werden; die individuellen politischen Rechte wiederherstellen, die infolge der Eroberung gelitten haben werden; die Versuche der Pression und der Korruption unterdrücken; die Vergeltungsmaßregeln aller Art verhindern, die gegen wen es auch sei, nach der Abstimmung ausgeübt werden könnten.

Es wird endlich am Platze sein, eine internationale gesetzgebende Versammlung zu bilden, in der die Vertreter aller zivilisierten Länder ihren Sitz haben, so wie es angebracht sein wird, graduell und lebhaft eine internationale Gesetzgebung zu entwickeln, die bestimmt ist, alle daran teilnehmenden Staaten untereinander zu verbinden.

Durch eine feierliche Verpflichtung müssen alle Staaten, alle Völker, die zu diesem Zwecke befragt werden, die Versicherung geben, daß die Konflikte, die unter zweien oder mehreren von ihnen entstehen, dem so eingesetzten Schiedsgericht unterworfen werden.

Die Zurückweisung des Schiedsgerichts oder seiner Entscheidung wird der Beweis des vorherbedachten Angriffs sein, und alle Völker werden notwendigerweise mit allen ihnen zur Verfügung stehenden ökonomischen oder militärischen Mitteln gemeinsame Sache machen, gegen diesen oder jenen der Staaten, die sich weigern würden, den Schiedsspruch anzuerkennen oder die den allgemeinen Friedensvertrag brechen wollten.

Aber die loyale Annahme der Regeln und Entscheidungen der internationalen Organisation beruht auf einer vollkommenen Demokratisierung in allen Ländern.

Ausschaltung aller absoluten Mächte, die bis jetzt verpflichtet waren, zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden; parlamentarische Versammlungen durch und für das souveräne Recht des Volkes gewählt; Abschaffung der Geheimdiplomatie, die einer auswärtigen Politik Platz macht, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlungen unterliegt; Veröffentlichung aller Verträge, die niemals im Widerspruch stehen dürfen mit den Grundsätzen der Gesellschaft der Nationen, unbedingte Verantwortlichkeit der Regierungen und besonders der Minister der auswärtigen Angelegenheiten aller Länder vor ihren Parlamenten; nur eine solche Politik wird die sichere Abschaffung jeder Art Imperialismus gestatten.

Begleitet von einer solchen Verallgemeinerung der Demokratie, in einer Welt, wo die wirkungsvollen internationalen Garantien gegen jeden Angriff geschärft sind, wird die Gesellschaft der Nationen zu der vollkommenen Ausschaltung der Macht als Mittel internationaler Konflikte zu entscheiden gelangen.

Die Gesellschaft der Nationen muß bei der Vorbereitung der **vereinbarten Abschaffung der militärischen Dienstpflicht in allen**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0001

Ländern zuerst übergehen: 1. Zur Untersagung neuer Rüstungen zu Lande sowohl als zur See: 2. selbst zur Begrenzung der Unterhaltung der Rüstungen, mit denen die Völker bereits überlastet sind; 3. zur Kontrolle der Kriegsfabrikationen und zur Durchführung der Konventionen, die zu diesem Zwecke errichtet werden. Die Staaten, die diese Fabrikationen selbst übernehmen, müssen die großen Privatfirmen radikal unterdrücken, die von den Rüstungen profitieren und die versucht sind, zugunsten ihres Gewinns zu manövrieren, um Kriegsandrohungen zu provozieren, und die ein Regime der auf die Vorbereitung von Kriegen hinauslaufenden Konkurrenz schaffen.

Die Nationen, die nur zu ihrer Verteidigung gerüstet sind, und für die Aktion, die unter Umständen die Gesellschaft der Nationen zur Verteidigung des internationalen Rechts einmal von ihnen verlangen kann, werden die Freiheit haben, unter internationaler Kontrolle ein freiwilliges Rekrutierungssystem einzurichten, oder auch die bewaffnete Nation außerhalb des Regimes der Kasernenmauern und des langfristigen Militärdienstes zu organisieren.

Die sozialistische Interalliiertenkonferenz erklärt, daß unter Anwendung dieser allgemeinen Prinzipien die Grundlagen der Gesellschaft der Nationen ein integrierender Teil des Friedens selbst sein und als Ausgangspunkt bei der Regelung der Schwierigkeiten dienen muß.

In diesem Geiste stimmt sie den von Herrn Wilson in seiner letzten Botschaft formulierten Bedingungen zu:

Erstens, jeder Teil der endgültigen Regelung muß auf der wirklichen Gerechtigkeit des besonderen Falles und auf den besten Vereinbarungen einen dauernden Frieden herbeizuführen bestehen.

Zweitens, die Völker und die Provinzen dürfen nicht Handelsgegenstand zwischen Herrschaft und Herrschaft sein, als ob sie einfache Objekte oder einfache Figuren eines Spieles, selbst des großen jetzt für immer diskreditierten Spieles des Gleichgewichts der Kräfte wären.

Sondern, drittens, jede territoriale Regelung, die sich an diesen Krieg schließt, muß im Interesse und zum Wohle der interessierten Bevölkerungen und nicht als Teil eines Kompromisses der Vergeltung zwischen rivalisierenden Staaten gemacht werden.

Viertens, alle wohlbegründeten nationalen Ansprüche müssen die vollständigste Befriedigung erhalten, die gewährt werden kann, ohne neue Elemente der Verstimmung oder des empfindlichen Gegensatzes einzuführen oder alte zu verlängern, die mit der Zeit den Frieden Europas und als Folge den der Welt brechen könnten."

•

Unterzeichnet ist das Manifest von V. Renaudel als Präsidenten der Kommission und Mac Donald als Schriftführer.

Die französischen und englischen Genossen erwarten eine Antwort der deutschen Genossen auf dieses Dokument. (e. B.)

Beschlagnahme der holländischen Schiffe.

Washington, 21. März. Daniels hat mitgeteilt, daß der Befehl, die holländischen Schiffe zu übernehmen, gestern abend um 7 Uhr in Kraft getreten ist. Ein Teil der holländischen Mannschaften wird auf den Schiffen beschäftigt werden, andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika behalten werden und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn ausgezahlt erhalten. Die Seeleute, die nach Holland zurückkehren wünschen, werden so rasch wie möglich dorthin befördert werden.

Neuyork, 21. März. Reservemannschaften der Kriegsmarine haben auf Befehl der Washingtoner Regierung gestern abend 38 holländische Schiffe übernommen. Die holländischen Kapitäne haben, da sie seit mehreren Tagen auf ein solches Vorgehen vorbereitet waren, nicht protestiert.

Washington, 20. März. Das Schiffahrtsamt befahl, einen Teil des niederländischen Schiffsraums zur Versendung von Lebensmitteln zu benutzen. Außerdem ordnete es an, daß Weizen in Säcken verpackt in Kajüten und Kabinen sowie in jedem nicht benutzten Winkel der früheren Passagierdampfer untergebracht werden solle.

•

Nach Meldungen aus dem Haag soll die holländische Regierung immer noch ohne Antwort auf ihre Bedingungen sein, die sie an die Zustimmung zur Schiffsübergabe knüpfte. Doch daß die Bedingungen abgelehnt wurden, darüber ist kein Zweifel. Auf Grund der letzten Erklärungen des Ministers London herrsche Einvernehmen darüber, daß die in Holland befindlichen Schiffe durch das Ultimatum der Entente unberührt bleiben und nur der im Ausland befindliche Schiffsraum von den Forderungen der alliierten Regierungen betroffen wird.

Aus London wird gemeldet: Die Entente verwirft die Forderung Hollands, daß es verboten sein soll, holländische Schiffe zu armieren oder Soldaten und Kriegsmaterial zu transportieren. Alle Anordnungen zur Beschlagnahme der Schiffe seien getroffen, die am 23. März erfolgen solle.

Die Lichnowsky-Denkschrift.

Der Schluß der Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, lautet:

Unsere Zukunft.

Heute nach zweijährigem Kampfe kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß wir auf einen bedingungslosen Sieg über Russen, Engländer, Franzosen, Italiener, Rumänen und Amerikaner nicht hoffen dürfen, mit dem Niederringen unserer Feinde nicht rechnen können. Zu einem Kompromißfrieden gelangen wir aber nur auf Grundlage der Räumung der besetzten Gebiete, deren Besitz für uns überdies eine Last und Schwäche und die Gefahr neuer Kriege bedeutet. Daher sollte alles vermieden werden, was denjenigen feindlichen Gruppen, die für den Kompromißgedanken vielleicht noch zu gewinnen wären, den britischen Radikalen und den russischen Reaktionären, ein Einlenken erschwert. Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist das polnische Projekt ebenso zu verwerfen, wie jeder Eingriff in belgische Rechte oder die Hinrichtung britischer Bürger, vom wahnwitzigen U-Boot-Plane gar nicht zu reden.

Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Richtig, also nicht in Polen und Belgien, in Frankreich und Serbien. Das ist die Rückkehr zum Heiligen Römischen Reich, zu den Irrungen der Hohenstaufen und Habsburger. Es ist dies die Politik Plantagenets, nicht die der Drake und Raleigh, Nelson und Rhodes.

Dreibundpolitik ist Rückkehr zur Vergangenheit,

Abkehr von der Zukunft, dem Imperialismus, der Weltpolitik. Mitteleuropa ist Mittelalter, Berlin—Bagdad eine Sackgasse, nicht der Weg ins Freie, zu unbegrenzten Möglichkeiten, zur Weltmission des deutschen Volkes.

Ich bin kein Gegner Oesterreichs oder Ungarns oder Italiens und Serbiens oder irgendeines anderen Staates, sondern nur ein Gegner der Dreibundpolitik, die uns von unseren Zielen ablenken und auf die schiefe Ebene der Kontinentalpolitik bringen müßte. Sie war nicht deutsche, sondern k. u. k. Hauspolitik. Die Oesterreicher hatten sich daran gewöhnt, das Bündnis als einen Schirm zu betrachten, unter dessen Schutz sie nach Belieben Ausflüge in den Orient machen konnten.

Und welches Ergebnis des Völkerringens haben wir zu gewärtigen? Die Vereinigten Staaten von Afrika werden britisch sein, wie die von Amerika, Australien und Ozeanien. Und die lateinischen Staaten Europas werden, wie ich schon vor Jahren sagte, in dasselbe Verhältnis zu dem Vereinigten Königreich geraten, wie die lateinischen Schwestern Amerikas zu den Vereinigten Staaten. Der Angelsachse wird sie beherrschen. Das durch den Krieg erschöpfte Frankreich wird sich nur noch enger an Großbritannien anschließen. Auf die Dauer wird auch Spanien nicht widerstehen.

Und in Asien wird der Russe und der Japaner sich ausbreiten mit seinen Grenzen und Sitten, und der Süden wird den Briten bleiben.

Die Welt wird den Angelsachsen, Russen und Japanern gehören und der Deutsche allein bleiben mit Oesterreich und Ungarn. Seine Machtherrschaft wird die des Gedankens und Handels sein, nicht aber die der Bureaukraten und Soldaten. Er war zu spät erschienen, und die letzte Möglichkeit, das Versäumte nachzuholen, ein Kolonialreich zu gründen, hat der Weltkrieg vernichtet.

Denn wir werden die Söhne Jawes nicht verdrängen, das Programm des großen Rhodes wird sich erfüllen, der in der Ausbreitung des Britentums, im britischen Imperialismus das Heil der Menschheit erblickte.

Tu regere imperio populos Romano, memento.
Hae tibi erunt artes: pacisque imponere morem,
Parcere subjectis et debellare superbos.

(Du sollst die Völker im Römerreiche regieren. Deine Kunst wird sein, Friedenssitten zu erzwingen, die Unterworfenen zu schonen und die Hochmütigen des Krieges zu entwöhnen.)

Politische Uebersicht.

Die Kriegskreditfrage ist entscheidend.

Ueber den Wirrwarr, der in der Reichstagsfraktion der Abhängigen über die Frage der Bewilligung der Kriegskredite jetzt herrscht, sucht ihre Parteipresse wenigstens durch Verschweigung der aufgetauchten Gegensätze hinwegzukommen, solange es geht. Welche der drei in der Fraktion vorhandenen Strömungen — Bewilligung, Stimmenthaltung, Ablehnung — die Oberhand gewinnen wird, dürfte sich erst im letzten Augenblick, d. h. bei der letzten Abstimmung über die Kriegskredite am Ende der bevorstehenden dritten Lesung zeigen. Bei der ersten und zweiten Lesung gab nur die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie die Erklärung ab, daß sie aus grundsätzlichen Gründen gegen die Bewilligung von Kriegskrediten an diese Regierung stimme, während die anderen Parteien schweigend den Kriegskrediten zustimmten. Aber für die entscheidende dritte Lesung ist die Stellungnahme bei den ersten beiden Lesungen nicht bindend. Hier sind Erklärungen zu erwarten. Die regierungssozialistische J. K. tut freilich so, als sei schon alles erledigt. Es ist ja möglich, daß die Reformsozialisten schon entschieden haben und bei der Bewilligung bleiben, aber gemeldet ist es noch nicht. Die J. K. sagt:

„Die Frage der Kriegskredite-Zustimmung oder Ablehnung ist noch immer das Lieblingsthema der Parteizersplitterer. Wenn sie auch angeben, daß mehr und größere Gegensätze als die Kriegskredite sie von der Parteimehrheit fortgetrieben haben, sind ihrer Agitation doch diese dauernd Mittelpunkt und Steckenpferd. Noch immer gibt es Leute, die sich einreden, es wäre alles anders gekommen, wenn wir wenigstens beim vierten oder fünftenmal die Kriegskredite abgelehnt hätten. Gestern hat nun auch der deutsche Reichstag, wie schon immer die Parlamente Englands und Frankreichs, die Kriegskredite fast ohne Debatte in erster und zweiter Lesung bewilligt. Wo bleibt da das Märchen von überragender politischer Bedeutung dieser Abstimmung? . . ."

Abgesehen von der oben erwähnten wissentlich falschen Darstellung der „Bewilligung" der Kriegskredite, ist es amüsant zu sehen, wie diese Frage höhnisch als „Steckenpferd" bezeichnet wird. Jene Leute können oder wollen nicht kapieren, wie die Frage der Kriegskredite den Kern- und Sammelpunkt der zahllosen Einzelfragen der Kriegspolitik darstellt. Was die Herren als „Steckenpferd" abtun möchten, ist dasjenige, was die Grundlage der ganzen sozialistischen Politik darstellt — sowohl hinsichtlich der auswärtigen wie der inneren Politik. Wäre die Frage Kreditablehnung nur ein Steckenpferdchen, warum hat man da den Kreditablehnern die Fraktionsrechte entzogen, sie aus der Fraktion gedrängt und damit die ganze Partei zerrissen? Man sieht gleich, wie die Dinge in Wahrheit liegen. Die Mittelbewilligung oder Mittelablehnung ist und bleibt die bestimmende Handlung, die jede parlamentarische Partei in bezug auf ihre Stellung zur bestehenden Regierung charakterisiert.

Zum 35. Todestage von Karl Marx.

Von Remo.

Der Freund und Verwalter des geistigen Erbes von Karl Marx, seine genialer Helfer und Mitarbeiter, Friedrich Engels, hat die Bedeutung des Todes von Karl Marx für die damalige internationale proletarische Bewegung in folgenden Worten gewürdigt. Er schrieb an Liebknecht am Todestage, den 14. März 1883:

„Obgleich ich ihn heute abend in seinem Bette ausgestreckt gesehen habe, die Leichenstarre im Gesicht, kann ich mir doch gar nicht denken, daß dieser geniale Kopf aufgehört haben soll, nur lenken gewaltigen Gedanken die proletarische Bewegung beider Welten zu betrachten. Was wir alle sind, wir sind es durch ihn, was die heutige Bewegung ist, sie ist es durch seine theoretische und praktische Tätigkeit; ohne ihn säßen wir immer noch im Unrat der Konfusion."

Und am 15. März schrieb Engels an F. A. Sorge:

„Die Menschheit ist um einen Kopf kürzer gemacht, und zwar um den bedeutendsten Kopf, den sie heutzutage hatte. Die Bewegung des Proletariats geht ihren Gang weiter, aber der Zentralpunkt ist dahin, zu dem Franzosen, Russen, Amerikaner, Deutsche in entscheidenden Augenblicken sich von selbst wandten, um jedesmal den klaren, unwidersprechlichen Rat zu erhalten, den nur das Genie und die vollendete Sachkenntnis geben konnte."

Was bedeutet nun uns in den Wirren des Weltkrieges nach 35 Jahren die Erinnerung an diesen Sterbetag? Der Verlust eines wenn auch noch so genialen Menschen kann für uns heutige nicht das gleiche bedeuten, wie für die verhältnismäßig schwache Bewegung der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Heute ist aus dem Häuflein um Marx die Theorie des Marxismus geworden, die in allen möglichen Schattierungen und Abarten nicht nur die proletarische Bewegung, sondern die ökonomische Wissenschaft beherrscht und beeinflußt. Aber die wichtigsten Ergebnisse dieser Theorie erschienen durch den Weltkrieg erschüttert. Die Arbeiterparteien der wichtigsten Industrieländer verließen die vor dem Krieg aufgestellten Parolen. Die alten Grundsätze wurden verlassen, umgedeutet und es wurde „umgelernt". Jetzt ist man dabei wieder zurückzulernen, da die Wirklichkeit doch zeigte, daß ökonomische Gesetze stärker sind als noch so schöne Augenblicksillusionen und gefühlsgesättigte Stimmungen. Aber es fehlt auch heute der Zentralpunkt, an den sich die Arbeiter aller Länder wenden könnten. Wir sitzen wieder in der Konfusion, und zwar in einer Zeit, die klare Leitsätze fordert und in der Handeln geboten ist.

Wie war das möglich? Ist durch den Krieg die Marxsche Theorie erschüttert? Müssen wir ein neues Gebäude errichten?

Es gilt zu unterscheiden zwischen den Ergebnissen der Theorie und der Methode. Zwischen den ökonomischen Grundlehren und der politischen Anwendung. Die Klassen, die Wertbildung, das alles ist auch während des Krieges geblieben, wenngleich mannigfach modifiziert, aber die politischen Folgerungen aus den Tatsachen sind verschieden. Diese Schlußfolgerungen müssen aber auf einer sorgfältigen Untersuchung der Tatsachen beruhen, über die uns keine Theorie hinweghilft. Die Theorie setzt die Sachkenntnis voraus, bestimmt nur die Richtung der Untersuchung und der Schlüsse. Hier liegt der Gegensatz zwischen den Richtungen der Arbeiterbewegung. Die einen bleiben beim Klassenkampf, bei der Internationalität, bei der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Sie wollen die alten Ziele nicht aufgeben, wenn gleich die Mittel sich sehr gewandelt haben. Sie treiben Politik auf Grund der Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse und teilten daher nicht die Illusion der Klassenverbrüderung vom 4. August.

Die andern, die auch Marx zitieren, aber nicht seine Theorien, sondern Einzelaussprüche über politische Ereignisse aus dem Briefwechsel und aus Artikeln, die anderen wollen ihre Politik nur marxistisch verbrämen. Sie rechneten mit dem neuen Geist, der vom 4. August ausstrahlte. Sie kamen mit allen möglichen schönen Worten von der Solidarität der Nation. Sie wollen die Erfolge erlisten und verdienen. Sie achteten nicht der wirtschaftlichen Gegensätze, sondern suchten sie zu verkleinern und die Tatsachen zu leugnen. Sie mußten Schiffbruch leiden, weil sie die Wirkungen der Kapitalkonzentration und der Kriegswirtschaft im allgemeinen nicht logisch untersuchten, sondern nur als „Kriegssozialismus" priesen. Diese wissenschaftlich unhaltbaren Tatsachengruppierungen und -verbindungen mußten dann von einem Fehlschuß zum andern führen. Man verrannte sich in eine Sackgasse. Nun saß mitten in der Konfusion, weil man den Boden der Marxschen Theorie verließ. Man wollte das nicht zugeben. Ueberhot sich an Gedankenakrobatik und machte dialektische Purzelbäume wie Herr Lensch in seiner „Weltrevolution", die wohl das Tollste darstellt, was an Begriffsverdrehungen und pseudomarxscher Geschichtsklitterung geleistet ist.

Marx ist tot seit 35 Jahren, aber seine Theorie lebt und seine Methode muß angewandt werden, um politisch zu wirken. Es genügt nicht den Zusammenbruch der russischen Revolution zu beklagen, die Fehler der Bolschewiki marktschreierisch zu kritisieren. Es gilt zu untersuchen, weshalb brach Rußland zusammen. Welche Schuld hat die Internationale, welche Schuld hat die deutsche Arbeiterklasse?

Es gilt vor allem die eigene Politik bei genauer Tatsachenkenntnis zu kritisieren und eine selbständige Kriegspolitik der Arbeiterklasse zu führen. Es gilt nicht Allerweltsreform zu treiben mit einem lammfrommen Regierungssozialismus wie die Scheidemänner.

Es gilt im Geiste von Marx eine Klassenpolitik zu treiben, die die internationalen Zusammenhänge hervorhebt und das Werk der Diplomaten und parlamentarischen Schönredner gleich unbarmherzig kritisiert, wie Marx das in den 50er Jahren während des Krimkrieges in seinen erst jetzt in Buchform veröffentlichten Artikeln getan hat.

Das alles lehrt uns die Erinnerung an den Todestag von Karl Marx. Sie lehrt uns noch etwas anderes: Marx und Engels wollten nicht ihre Weisheit in dicken Büchern nur den Gelehrten zugänglich machen. Sie schrieben nicht nur „Das Kapital". Sie warfen eine Unzahl kleiner Schriften in die Masse und schufen das Kommunistische Manifest, als Kompaß der proletarischen Bewegung. Sie griffen überall ein nicht als überhebliche Schulmeister, sondern als wissende Berater, die überall den Gang in großen Zügen voraussahen und daher auch unklare Massenregungen in ihrer Bedeutung erkannten und in den allgemeinen Strom der sozialistischen Arbeiterbewegung zu leiten suchten.

Die Masse als Träger sozialistischer Ideen und Erkenntnisse, das war das Grunddogma dieser orthodoxen Marxisten. Sie wollten keine Sekte, sondern sie wußten, daß nur die Masse die Trägerin der Bewegung sein konnte. Sie trieben aber keinen Massenkultus. Sie schwärmten nicht für den Brotfrieden und schmeichelten nicht den kleinbürgerlichen Instinkten rückständiger Proletarierschichten. Sie waren die unbarmherzigsten Kritiker jeder Bewegung, aber nicht von oben herab wie der blauen Luft, sondern auf Grund der geschichtlichen Erfahrung und der besonderen Zustände jedes Landes und jeder Wirtschaft.

Auch das lehrt uns der Todestag von Karl Marx. Es genügt nicht, den Verrat ganzer Führergruppen festzustellen, sondern man muß deren Politik kritisieren auf Grund der Erfahrung des Krieges und der Vorkriegszeit. Es gilt der Masse klarzumachen, daß eine andere Politik getrieben werden muß, nicht weil die Führer Verräter waren, sondern weil ihre Politik notwendigerweise zum Verrat der wichtigsten Arbeiterinteressen führen mußte. Unzufriedenheit immungen in politische Erkenntnis und politische Kraft! Das ist marxistische Politik.

In diesem Geiste müssen wir den Todestag von Marx begehen. Rücksichtslos eingestehen die Niederlagen, die uns der Weltkrieg und der Zusammenbruch der russischen Revolution brachte. Rückhaltlos die Fehler der Massen und Führer anerkennen. Unbefangen die Lage der heutigen Wirtschaft und ihre Tendenzen untersuchen und unerschrocken, trotzend allen Tagesmoden und Augenblicksmeinungen die Politik treiben, wie sie das internationale proletarische Allgemeininteresse erfordert.

Dieses allgemeine Arbeiterinteresse muß durch Forschungen festgestellt werden, aber es besteht und gerade der Weltkrieg hat gezeigt, wahrn die Zerreißung der Internationale führt.

Diese Interessengemeinschaft der Arbeiter gilt es zu wecken mit Wort und politischer Tat

Marx und Engels waren nicht nur Schriftsteller, nicht nur Gelehrte und Soziologen. Sie waren vor allem politisch Handelnde. Marx stiftete die erste Internationale. Engels stand an der Wiege der zweiten Internationalen und der Marxismus wird die dritte Internationale gründen helfen.

Nicht die Toten sind zu beklagen, sondern die Ueberlebenden. Dieses Lieblingswort von Marx gilt gerade für unsere Zeit für die schauerliche Todesernte des Weltkrieges. Wir Ueberlebende haben Riesenaufgaben zu erfüllen. Wir sind gelähmt nicht nur durch staatliche Schranken, sondern auch durch die mangelnde Sachkenntnis, durch den Mechanismus des Krieges, durch die Zerstörung der sozialen Triebe, durch Hindernisse politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und organisatorischer Art. In dieser Weltenkrise mit ihrem Wirrwarr der Strömungen der Ideen und der politischen Anschauungen und Strebungen gilt es unbeirrt die Grundwahrheiten vom Klassenkampf und Klassengegensatz festzuhalten und mit Marxscher Gründlichkeit, Energie und Fähigkeit die neuen Anwendungen dieser Wahrheiten zu ermitteln und in politische Tat umzusetzen.

Es ist nicht möglich, diese allgemeinen Betrachtungen an Beispielen zu erklären. Es konnte nur ein skizzenhafter Ueberblick der heutigen Aufgaben der Marxisten gegeben werden. Die wichtigste Lehre des Todestages von Marx aber bietet uns ein Rückblick auf sein persönliches Leben:

Immer treu der Klasse, unermüdlich forschend, arm bis zum Lebensende, nur durch Engels Geldunterstützung lebend und arbeitend, alle Leiden der Klasse als geistiger Proletarier auskostend, dabei unerschütterlich trotz allen Elends und aller Klagen, die in seinen Briefen an Engels ergreifend das materielle und seelische Martyrium dieses Geistesriesen offenbaren. Diese Standhaftigkeit, diese Verbindung von Wissenschaft und Praxis, diese Einheit der Persönlichkeit, dieser Zusammenklang von Worten und Werken, das ist heute, wo so viele schwankende Gestalten die Arbeiterbewegung moralisch diskreditieren, die wichtigste Lehre und die Mahnung, die uns die 35. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx einprägt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0002

Die Ernährungsfragen.

Der Ernährungsausschuß des Reichstags hielt am Donnerstag nach längerer Zeit eine Sitzung ab. Der Vorsitzende v. Veit teilte mit, daß ihm von verschiedenen Seiten erklärt worden sei, die Ernährungsfragen würden in diesem Jahre nicht von diesen besonderen Ausschuß, sondern vom Hauptausschuß mitberaten werden. Eine Denkschrift der Regierung liege vor, sei aber vom Plenum dem Ausschuß nicht überwiesen worden. Nach seinen Erkundungen bestehe auch nicht die Absicht der Ueberweisung. Er wolle die Meinung des Ausschusses hören, ob dieser seine Tätigkeit als beendet betrachte. Abg. Ebert hält es für unzweckmäßig, daß die Ernährungsfragen vom Beirat des Kriegsernährungsamtes, in welchem Vertreter der Fraktionen sitzen, dann aber noch einmal von einem besonderen Reichstagsausschuß behandelt werden. Er hält das Mandat des Ausschusses für erledigt. Es genüge vollständig, wenn der Hauptausschuß am Schlusse seiner diesjährigen Beratungen sich an ein bis zwei Tagen mit den Ernährungsfragen beschäftigte. Die Abg. Herold, Hoff und Roesicke halten zwar den Ausschuß noch für zurecht bestehend, verweisen aber auf die starke Belastung der Regierung bei doppelter Beratung der Ernährungsfragen. Die Abg. Dr. Böhm und Schmidt-Berlin wünschen die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Ausschusses nicht. Gen. Wurm hält die Arbeit des Ausschusses für dringend notwendig. Der Beirat tage hinter verschlossenen Türen. Gerade an diesen Tagen habe aber die Oeffentlichkeit das lebhafteste Interess. Der Ausschuß müsse die Tätigkeit des Beirats kontrollieren können. Der Hauptausschuß sei überlastet und habe keine Zeit zu eingehender Beratung, acht bis zehn Sitzungen wären erforderlich, um die Arbeit zu erledigen. Abgg. Held und Fegter sind gleichfalls für Beratung im besonderen Ausschuß. Ersterer verweist auf die großen Steuerprojekte, die der Hauptausschuß zu erledigen habe. Vom Abg. Herold wird vorgeschlagen, die Angelegenheit dem Seniorenkonvent vorzulegen, eventl. das Plenum entscheiden zu lassen. Ein Antrag Wurm, in die Beratung der Denkschrift einzutreten, die der Ausschuß nach den Beschluß des Reichstags durchaus dazu berechtigt sei, wird abgelehnt. Ein Antrag Herold dagegen angenommen, den Präsidenten zu ersuchen, wegen Ueberweisung der Denkschrift, soweit diese Ernährungsfragen behandelt, das Erforderliche veranlassen zu wollen.

Kleine politische Nachrichten.

Das Preußische Abgeordnetenhaus vertagte sich gestern nach Erledigung kleiner Vorlagen bis 23. April.

Die Teuerungszulagen an Beamte. Berlin 21. März. Im Hauptausschuß des Reichstages gab bei Beratung von Petitionen von Beamten Berichterstatter Meyer-Herford namens sämtlicher Fraktionen folgende Erklärung ab: **Wir erkennen, daß die Neuregelung der laufenden Kriegsteuerungszulagen, wie sie am 1. April 1918 in Kraft treten soll, eine Erleichterung der wirtschaftlichen Bedrängnis der unteren und mittleren Beamten herbeiführt. Wir haben aber die Ueberzeugung, daß die geplante Erhöhung nicht ausreicht, um die durch die unaufhörlich steigende Teuerung entstandene schwierige wirtschaftliche Lage der unteren, der mittleren und der höheren Beamten zu beseitigen. Wir bedauern es deshalb, daß die verbündeten Regierungen den einmütigen Vorschlägen der Parteien des Reichstages nicht beigetreten sind. — Die Petitionen wurden sämtlich als Material überwiesen.**

Parlamentsneuwahl in Dänemark. Kopenhagen, den 20. März. Der Reichstag ist gestern geschlossen und durch königlichen Erlaß bis zum 20. April aufgelöst worden. Die Neuwahlen zum Folkething finden am 22. April statt.

Rußland.

Petersburg, 20. März. (Reuter.) Der Marinekommissar Dybenko wurde verhaftet, weil er nicht die notwendigen Maßnahmen zum Schutze von Narwa getroffen habe. Die Zeitungen teilen mit, daß Joffe zum Kommissar für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden sei. — Bisher hieß es, er gehe als russischer Botschafter nach Berlin.

Eine Verordnung wurde veröffentlicht, gemäß der es dem Kommissar für das Justizwesen erlaubt ist, die gebildeten Klassen zur Mitarbeit bei der Arbeit der Gerichte zu zwingen.

Der chinesische Gesandte und der japanische Botschafter in Petersburg sind mit einer Anzahl von Amerikanern, Japanern und Chinesen an der mandschurischen Grenze angekommen. Sie wurden unter Geleit von Roten Gardisten nach der chinesischen Grenze gebracht.

Versenkungen. Berlin, 20. März. Im Sperrgebiet des Mittelmeeres wurden 7 beladene Dampfer, die sämtlich gesichert und zum größten Teil bewaffnet waren, sowie 6 Segler, zusammen etwa 23 000 Tonnen, versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Für Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte. Abg. Geck-Mannheim (Soz.) hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Verläßlichen Zeitungsnachrichten zufolge haben sich sowohl in der französischen Kammer als ganz besonders auch im Gemeinderat der Stadt Paris im Laufe der letzten Tage ernste und eindringliche Stimmen erhoben, die einer Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone das Wort reden. Und der dem Vatikan nahestehende Corriere d'Italia meldet, der Papst prüfe zurzeit Mittel und Wege, um unter den Kriegführenden ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen. Ist der Reichskanzler zu einer Erklärung darüber bereit, welche Stellung die Reichsregierung den obigen Bestrebungen gegenüber einnimmt?

*

„Anwärter auf den polnischen Thron." Unter dieser Spitzmarke meldet die bürgerliche Presse, daß die Polen bei den Mittelmächten beantragt haben, daß nunmehr die polnische Königsfrage erledigt werde. Sie sollen drei Vorschläge gemacht haben: An erster Stelle wünschen sie angeblich den Erzherzog Karl Stephan; weiter kommen in Betracht der Herzog von Urach (Württemberg) und ein Mitglied des sächsischen Königshauses.

*

Clemenceaus Regierung gegen die Bolschewisten. Der von der russischen Regierung ernannte neue Gesandte für die Schweiz, Zahlkind, ist in Stockholm wieder eingetroffen, von wo er sich vor ungefähr einem Monat über England und Frankreich auf die Reise nach Bern begeben hatte. Dem russischen Gesandten und seinem Reisegefährten wurde der Eintritt nach Frankreich jedoch verweigert, mit der Motivierung des Ministers Cambon, daß in Frankreich keine Maximalisten geduldet werden.

Tägliche Zeitung der Pariser konsequenten Sozialisten. Bis jetzt fehlte der Pariser Minderheit, die tatsächlich die Pariser Mehrheit ist, ein tägliches Organ. Die Humanité ist als entschiedenes Mehrheitsorgan der Gesamtpartei wohl bekannt. Henri Fabres Journal du Peuple ist zwar friedensfreundlicher, aber es ist ein Privatunternehmen. Die Pariser Minderheit hatte das kleine Wochenblatt Populaire, das ursprünglich nur eine Wochenausgabe des Populaire du Centre von Limoges war. Jetzt ist der Populaire in eine tägliche Zeitung verwandelt worden. Leitender Redakteur ist Paul Faure, politischer Redakteur Jean Longuet, literarischer Redakteur Henri Barbusse, der berühmte Verfasser des besten Kriegsbuches Le Feu. Die erste Nummer wird für den 10. April angekündigt. Unter den Mitarbeitern befinden sich auch Romain Rolland, Brizon, Raffin-Dugens und Bourderon.

Unruhen in Belutschistan. Nach englischen Blättermeldungen gibt das Indische Amt bekannt, daß in Belutschistan (dem Lande zwischen Indien und Persien) Unruhen ausgebrochen sind und Maßregeln gegen die Aristämme getroffen werden mußten. Britische Flieger warfen zweimal Bomben auf die Lager dieser Stämme.

Aus der Partei.

Richard Lipinski in Leipzig verhaftet. Die Leipziger Volkszeitung schreibt: Mit der Freiheit, mit der unter den gegenwärtigen Verhältnissen die sogenannte „Freie" Presse (regierungssozialistisches Organ) zu berichten in der Lage ist, teilt dieses Blatt mit, daß der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Leipzigs, Richard Lipinski, wegen des Verdachts der Teilnahme an der Verbreitung von Streikflugblättern verhaftet worden ist, wegen der bereits eine Anzahl Mitglieder der Unabhängigen Partei, unter ihnen die Stadtverordneten Windisch, Dietze und Kurze, in Haft genommen worden sind. Da bisher selbst die nächsten Angehörigen des Genossen Lipinski nichts über den Grund seiner Verhaftung erfahren haben, ist es immerhin interessant, darüber etwas aus der „Freien" Presse zu erfahren. Wie es scheint, ist das Blatt polizeiliches Publikationsorgan.

Aus der Provinz.

Die Handwerkerkammer für den Regierungsbezirk Merseburg

hielt am Donnerstag im Stadtverordneten-Sitzungssaal in Halle eine Vollversammlung ab. Dem vom Geschäftsführer Syndikus Voigt vorgetragenen Geschäftsberichte entnehmen wir u. a., daß in der Berichtszeit 184 Gesellenprüfungen vorgenommen wurden. Einer Anzahl von Lehrlingen wurde durch den Vorstand die Genehmigung erteilt, ihre Gesellenprüfung vor Ablauf der vertraglichen Lehrzeit abzulegen, da diese kurz vor ihrer Einberufung zum Waffendienst standen. Obgleich der Chef des Kriegsamtes die Erklärung abgegeben hat, daß er nicht beabsichtige, die Handwerkslehrlinge zum Hilfsdienst heranzuziehen, sind doch einige Fälle bekannt geworden, daß von einzelnen Einberufungsausschüssen Aufforderungen an Lehrlinge ergangen sind, eine hilfsdienstpflichtige Stellung anzunehmen und daß diese kriegswichtigen Betrieben überwiesen worden sind. Dies hat Veranlassung gegeben, bei der Kriegsamtstelle vorstellig zu werden und diese zu ersuchen, die Einberufungsausschüsse anzuweisen, daß die Lehrlinge vom Hilfsdienst befreit werden. Ein Bescheid steht noch aus.

Die Zusammenlegung von Betrieben, im besonderen der Bäckereien, zur Ersparung von Kohle, Licht und Arbeitskräften, beschäftigte die Leitung der Handwerkerkammer wiederholt. Im allgemeinen ist im Kammerbezirk von einer Zusammenlegung von Betrieben auf Grund der hiergegen erhobenen Bedenken Abstand genommen worden. Der bei dem Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge bestehende Sonderausschuß für Gesetzgebung hat beschlossen, u. a. auch etwaige Abänderungen in der Gewerbeordnung (Meisterprüfung, Lehrzeit, Wandergewerbeschein) zugunsten der Kriegsbeschädigten zum Gegenstand seiner Beratungen zu machen. Der Vorstand hat sich mit diesem Antrag eingehend beschäftigt, vermochte aber unter allem Wohlwollen für die Kriegsbeschädigten eine Notwendigkeit auf Abänderung der Gewerbeordnung nicht anzuerkennen.

Die Rohstoffversorgung wurde wiederholt von einzelnen Handwerkern gefordert. Wenn es auch in einzelnen Fällen möglich war, den Handwerkern bezüglich der gewünschten Rohstoffe behilflich zu sein, so muß doch betont werden, daß bei dem allgemeinen großen Mangel an Rohstoffen eine Vollbelieferung der Handwerker wie in Friedenszeiten natürlich gänzlich ausgeschlossen ist und daß die Leitung der Handwerkerkammer nicht in der Lage ist, hier helfend einzugreifen. Im Reichswirtschaftsamt hat kürzlich eine Besprechung mit dem Staatssekretär und Vertretern des Kammertages stattgefunden. Der Staatssekretär hat hierbei die Versicherung abgegeben, daß er für die Uebergangswirtschaft die Fürsorge für das deutsche Handwerk als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachte, er wird mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken suchen, daß das Handwerk bei der Versorgung mit Rohstoffen während der Uebergangszeit die notwendige Berücksichtigung findet.

Zum Kartoffelanbau

schreibt eine Provinzkartoffelstelle: Die Bodenreserve für den Kartoffelbau. In der Denkschrift des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, Graf v. Schwerin-Löwitz, ist den Landwirten empfohlen, im Frühjahr überall dort Kartoffeln anzubauen, wo für das Sommergetreide infolge der vorjährigen Mißernte nicht genügend Saatgut zur Verfügung steht. Aber auch darüber hinaus verfügt die deutsche Landwirtschaft über eine starke Bodenreserve für die Volksernährung, die bisher wenig oder gar nicht in Angriff genommen ist. Es sind dies die Ackerweide und das Brachland. Beide haben zwar von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stark abgenommen; sie betragen aber gegenwärtig immer noch 1 300 000 Hektar. Diese Flächen können vorzugsweise zum Teil für den Kartoffelbau herangezogen werden, da ihre Ausnutzung durch Vieh infolge des verminderten Bestandes vielfach doch nicht mehr möglich sein wird. Provinz Hannover und Schleswig-Holstein sind noch ziemlich reich an Ackerweide und Brachland und haben dabei vorzüglichen Kartoffelboden. Bei ihnen ist die Inanspruchnahme dieser Ländereien für den Kartoffelbau besonders wichtig und nutzbringend.

Zur Förderung des Kartoffelbaues. Bekanntlich baut sich die Kartoffel vielfach rasch ab, d. h. sie läßt im Ertrage sehr nach. Man muß daher öfters mit dem Saatgut wechseln, um hohe Erträge zu erzielen. Die Beschaffung neuen Saatgutes wird in diesem Jahre nicht schwierig sein, nachdem Verträge über Saatkartoffellieferung wieder bis 15. März getätigt werden können. Der Grund, weshalb trotzdem, namentlich von den kleineren Landwirten, kein Saatwechsel vorgenommen wird, ist der Preis für Saatkartoffeln. Hier können die landwirtschaftlichen Vereine einspringen und zum Beispiel den Kartoffelbauern, die unter 20 Hektar Land bewirtschaften, Beihilfen aus dem Vereinsvermögen gewähren. Der Ankauf der Saatkartoffeln müßte ebenfalls vom Verein in die Hand genommen werden. Auf diese Weise würden viele Mittelbetriebe brauchbares Saatgut erhalten. Ohne tatkräftige Mithilfe geht der Saatwechsel bei unseren kleineren Landwirten, welche die hauptsächlichsten Kartoffelbauer sind, nicht vor sich.

Frühkartoffeln. Die früheste Reifezeit haben folgende Sorten: Frühe weiße Sechswochen, Paulsens Alpha, Junikartoffeln, Allerfrüheste blaßrote Delikatesse, Thieles Rotkäppchen, Kaiserkrone, Richters ovale Frühblaue, Atlanta, Thieles frühe Gelbfleischige, Frühe Rose. Bei Verwendung gut vorgekeimten Pflanzmaterials ist auf eine 10 bis 14 Tage frühere Ernte zu rechnen. Frühkartoffeln müssen enger gepflanzt werden (40 mal 40 Zentimeter) als spätere Sorten.

Merseburg. Errichtung eines Kreis-Mieteinigungsamtes. Dem M. K. zufolge ist beabsichtigt, ein für den ganzen Kreis zuständiges Einigungsamt zu errichten. So lange dies nicht geschehen ist, sind die im Kreise befindlichen Amtsgerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten der vorbezeichneten Art berufen.

— Der Kreistag hält morgen, Sonnabend, eine Sitzung im Kreishause ab. In erster Linie handelt es sich dabei um die Festsetzung des Haushaltsplanes und um Aufnahme eines weiteren Darlehns in Höhe von zwei Millionen Mark für Familienunterstützungen.

Schkeuditz. Butter- und Margarineverkauf. **In der städtischen Butterverkaufsstelle können die Einwohner 50 Gramm Butter auf Stadtbuttermarke Nr. 21 und auf eine Buttermarke „K" käuflich erwerben.** Auf eine Buttermarke „G" und auf eine abgestempelte Zusatzfettmarke des **Kreises Merseburg werden 50 Gramm Margarine verabfolgt. Der Preis beträgt für 50 Gramm Molkereibutter 31 Pf., für 50 Gramm Margarine 20 Pf.** Die Verkaufsstelle ist geöffnet am Sonnabend, dem 23. März d. J., vorm. 9—10 Uhr, für Nr. 1041—1248, 10—11 Uhr für Nr. 1249—1456, 11—12 Uhr für **Nr. 1457—1664, nachm. 2—3 Uhr für Nr. 1665—1872, 3—4 Uhr für Nr. 1873—2084 des Ausweisscheines.** (Neue Nummern.) Der Ausweisschein muß vorgelegt werden.

Großkörner. Gemeindevertreter-Ergänzungswahl. **Bei der am 18. d. M. abgehaltenen Ergänzungswahl** zur Gemeindevertretung wurden die Ausgeschiedenen wiedergewählt, und zwar: 1. Klasse: Hüttendirektor Hüpe, 2. Klasse: Gutsbesitzer Honigmann, Landwirt Reger, 3. Klasse: Oberkläuber Langenhangen.

Eisleben. Heimlich aus der elterlichen Wohnung entfernt, unter Mitnahme von 73 Mk., hat sich der 15 Jahre alte Arbeiter Otto Etzrodt. Er war beim Weggange bekleidet mit grauer Hose, rotbrauner Unterjacke, grauem Jackett und grauer Mütze. Größe 1,40 Meter, Haare blond.

Sangerhausen. In der letzten Stadtverordnetensitzung erstattete der Zweite Bürgermeister Seedorf den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten für 1917. Danach betrug die Einwohnerzahl der Stadt am 1. Dezember 1910 12 048 Personen, am 1. Dezember 1916 10 543 Personen. Bei der Personenstandsaufnahme im Oktober 1916 11 000 Personen, 1917 10 891 Personen, mithin weniger 109 Personen. Die Lebensmittelversorgung ist eine immer schwierigere geworden. Die Lebensmittelpreise sind immer mehr gestiegen. Für ein Stück Butter sollen im Schleichhandel 8 Mk., für ein Ei 70 Pf., für ein Pfund Speck 11 Mk. und noch mehr gezahlt werden. Oel ist gar nicht mehr zu haben. Für gute Kleiderstoffe hört man, daß 40, 50 und selbst bis 90 Mk. für ein Meter gezahlt worden seien! **Das sind unerhörte Wucherpreise!** Das Traurige **ist nur, daß es nicht gelingen will, dem lichtscheuen Treiben ein Ende zu machen.**

An Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen wurden insgesamt bewilligt für die städtischen Beamten, die Lehrer des Gymnasiums, die der mittleren Schulen, die Ruhegehaltsempfänger, die Hinterbliebenen von Beamten und die städtischen Arbeiter 55 341 Mk. An Sparkassen-Ueberschüssen aus dem Jahre 1917 stehen 110 208,63 Mk. zur Verfügung. Davon stehen 69 896,06 Mk. im Haushaltsplan, über die Verwendung von 43 012,57 Mk. ist noch zu beschließen. — Beschlossen wurde, für das Rechnungsjahr 1918 keinen Haushaltsplan aufzustellen, sondern den für 1917 ausnahmsweise für das Rechnungsjahr 1918 gemäß § 66 Städte-Ordnung zu verlängern und die Steuerzuschläge unverändert wie 1917 mit 190 Prozent von allen Steuerarten zu erheben.

Die Stadthauptkassenrechnung für 1916 schloß mit einem Ueberschuß von 7 632 Mk. 1915 hatten wir 9 791 Mk. Vorschuß Das bei der Aktien-Malzfabrik aufgenommene Kriegsdarlehen von 80 000 Mk. besteht noch. Es ist aber nicht erforderlich, das im Kriegshaushaltsplan für 1917 neu vorgesehene Kriegsdarlehn von 85 500 Mk. noch aufzunehmen.

Das städtische Barvermögen betrug Ende 1917 720 365,44 Mk., Ende 1916 682 809,45 Mk., 1917 also mehr 37 555,99 Mk. — Festsetzung des Kriegsetats für 1918. Der von der Finanzkommission und vom Magistrat aufgestellte zweite **Kriegshaushaltsplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit 284 000 Mark ab und macht die Aufnahme neuer Darlehen in Höhe von 120 000 Mk. erforderlich.** Der Kriegswirtschaftsplan wurde in dieser Höhe festgesetzt und genehmigt.

Artern. Kleinbahnbetrieb. Auf eine Eingabe des Magistrats an den Vorstand der Kyffhäuser-Kleinbahn wegen Vermehrung der Züge auf der Strecke Artern-Tilleda hat dieser geantwortet, daß es in Rücksicht auf die bestehenden Vorschriften nicht möglich sei, dem Antrag zu entsprechen, daß ihm aber nähergetreten werden soll, wenn die Verhältnisse sich ändern würden. Die Versammlung hielt diese Antwort nicht für befriedigend.

— Der Abschluß des Geschäftsjahres 1917 der Kyffhäuserhütte gestattet nach Deckung des Verlustvortrages von 256069,31 Mk. eine Dividendenverteilung von 4 Prozent. Die Generalversammlung findet am 11. Mai 1918 statt.

Delitzsch. Kriegsjugend. Ein zwölfjähriger Schulknabe hat drei Pakete, die an den in englischer Gefangenschaft befindlichen Sohn seiner Tante gerichtet waren und die er zur Post bringen sollte, unterschlagen. Den aus Lebensmitteln bestehenden Inhalt der Pakete hat er zum Teil in Gemeinschaft mit einem zweiten Schulknaben verzehrt und zum Teil an andere Kinder verkauft; die Umhüllungen hat er fortgeworfen.

— Petroleum für Heimarbeiter. Für den Monat März kommt für Heimarbeiter und Haushaltungen ohne Gas und elektrisches Licht nochmals 1 Liter Petroleum zur Ausgabe. Da für die nächste Zeit Petroleum nicht mehr zur Verfügung steht, so wird um recht sparsamen Verbrauch ersucht. Die Ausgabe erfolgt auf die drei Abschnitte der Karten des Monats März.

Bitterfeld. **Wer kann Kleidungsstücke abgeben?** Der Magistrat schreibt: Um die heimkehrenden Krieger und die minderbemittelte Bevölkerung mit genügender Kleidung versehen zu können, ist für den Kreis Bitterfeld in der Stadt Bitterfeld, Kirchstraße 15, eine Altbekleidungsstelle eingerichtet. Wir bitten dringend, alle entbehrlichen Kleidungsstücke, sowohl solche für Männer und Frauen als auch für Kinder, an die Altbekleidungsstelle abzuliefern. Die Ablieferung geschieht gegen Bezahlung oder unentgeltlich und werden auf Wunsch Bescheinigungen ausgestellt, auf Grund deren Bezugscheine erlangt werden können. — Annahmezeit der Sachen jeden Montag, Mittwoch und Freitag, vormittags von 10 bis 12 Uhr.

— Der Kreistag beschloß, für das Rechnungsjahr 1918 als Kreissteuern 25 v. H. der staatlich veranlagten Steuern zu erheben. — Für die Zahlung der Kriegerfamilienunterstützungen wurde die Aufnahme eines weiteren Darlehens von 2 Millionen Mark beschlossen. Zu Mitgliedern des Provinziallandtages wurden Landrat Freiherr von Bodenhausen-Bitterfeld, Freiherr von Ende-Altjeßnitz und Bürgermeister Schmidt-Bitterfeld gewählt.

Torgau. Ein Schadenfeuer entstand in der Mittwochnacht gegen ½3 Uhr im Struckschen Grundstück, Döbernsche Straße 1, und zwar brannte der an der Westseite des Grundstückes befindliche Holzschuppen, in dem sich ein größerer Vorrat an Nutzholz befand, vollständig nieder. Der Schaden dürfte zum größten Teil durch Versicherung gedeckt sein; die Entstehungsursache ist unbekannt. Geschädigt wurden dagegen mehrere Schrebergartenbesitzer, da die an den abgebrannten Schuppen angebauten Gartenlauben dem Feuer zum Opfer und mit dem darin befindlichen Kleinvieh — Kaninchen, Geflügel — sowie Gartengerät usw. vernichtet wurden.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Hertig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 1/8 Uhr. 4396

Blatzheim.

Heute und folgende Tage:

„Herzlich willkommen".

Schwank in 3 Akten u. 1 Vorgesch. v. Neal u. Farmer.

Sonntag, nachm. 1/4 4 Uhr: **Familien-Vorstellung.** Zur Aufführung gelangt:

„Herzlich willkommen"!

Kleine Preise: 65, 1.25, 1.75, 2.00. Kinder: 35, 60, 80, 1.—

Kasse von 10—1½ und 4—6.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Sonnabend, 23. März 1918, abends 8 Uhr:

Bunter Lieder-Abend.

Mitwirkende:

Fräulein **Anni Kühns**, Operettensängerin.
Herr **Kurt Lange**, Opernsänger.
Herr **Franz Massner**, Opernsänger.

Kinder haben keinen Zutritt.

4387 **Die Geschäftsleitung.**

4107 Achtung! Neu! Neu!

Altenburger Hof.

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich: **Gr. Konzert der Hauskapelle.**

Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

Neue Kapelle! Neue Kapelle!

Konzerthaus „Oberpollinger".

Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.

Täglich: **Konzert** der

Damen-Streich-Orchesters „Haustein".

4106 8 junge schneidige Damen!

Um regen Zuspruch bittet Frau **Elsa Seth.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle **Wittenberg.**

Sonnabend den 23. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Fischer, Kurfürstenstr. 15

Mitglieder-Versammlung.

*2396 Tagesordnung:

1. Revisionsbericht. 2. Kartellbericht. 3. Jahresbericht. 4. Berufliches.

Zahlreiches Erscheinen wünscht **Die Ortsverwaltung.**

Moderne

Frühjahrs-Kleidung

in der bekannt grossen Auswahl und guter Passform.

Sport-Paletots 4386

ein- und zweireihig, covercoat, modefarbig und Ulsterstoffen . . . **65.—, 82.—, 108.—** Mk. und höher.

Herren- und Jünglings-Anzüge

aus guten haltbaren Stoffen, mit und ohne Rückengurt, in den apartesten Farben.

84.—, 96.—, 115.— Mk. und höher.

Knaben-Anzüge

Sportformen, Schlupfformen, Kieler und Kittel-Anzüge in reichhaltiger Auswahl.

Grosses Lager in allen Arten

Berufs-Kleidung.

Herren-Artikel. **Militär-Effekten.**

S. Weiss, am Markt.

H. Quandt, Roßschlächterei,

Sonnabend vormittag: Nr. 1301–1500. 4389

— Es wird gebeten, Papier oder Gefäße mitzubringen. —

Allen Konfirmanden meiner werten Kundschaft

herzlichen Glückwunsch zur Konfirmation.

*2364 **Aug. Thiele und Frau,**

Nietleben. Fleischermeister.

Zur Eintragung für den Bezug von

Nähgarnen

liegt bis zum 23. dieses Monats, abends 7 Uhr

Kundenliste

bei uns aus. Bei Anmeldungen ist der Lebensmittelschein und der Abschnitt Nr. 147 des Waren-Bezugscheines 14 mitzubringen.

Die den gewerbsmässigen Verbrauchern ausgestellten Bezugsberechtigungen bitten wir bei uns zur Bestellung der ihnen zugewiesenen Garnmengen einzureichen. 4397

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Apollo-Theater. 4387

Gastspiel Curt Olfers Operetten-Gesellschaft mit **Gustav Bertram** als Gast.

Heute und folgende Tage, abends 7½ Uhr:

„Kaiserplatz 3, 1 Treppe"

Ein lustiges Stück m. Musik i. 3 Akten v. Engel u. v. Körber. Musik von Leo Schottländer.

Sonntag, 24. März, nachm. 3½ Uhr: **Familien- u. Jugend-Vorstellungen.**

Kaiserplatz 3, 1 Treppe.

Kleine Preise. — 2 Kinder ein Billett.

Vorverkauf täglich 9—1 u. 5—½7 Uhr im Bureau.

4388 Von morgen im Burg-Theater:

Treumann-Larsen

und Dogge-Lotte sowie großes Seedrama.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

U.T

Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224. 4398

Viggo Larsen in

Rotterdam-Amsterdam.

— Eine Detektivgeschichte in 4 Akten. —

Alles fürs Kind.

Kino-Schwank in 3 Akten mit **Melita Petri. — Leo Peukert. — Herbert Paulmüller.**

Er liebt mit Schmerzen. Lustspiel in 1 Akt.

Die Nacht des 24. August

Detektivroman in 4 Akten.

Wer heiratet Therese?

— Ein heiteres Lustspiel in 2 Akten. —

Albert verschläft die Trauung

Lustspiel in 1 Akt mit **Albert Paulig.**

Beginn 4 Uhr.

Stadt-Theater Halle

Sonnabend, den 23. März 1918:

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in fünf Aufzügen von Wilhelm Meyer-Förster.

4392 Sonntag, den 24. März 1918, nachmittags 3½ Uhr: **Ein Volksfeind.**

Abends 7½ Uhr: **Gunlöd.**

Papier-Stoffkragen

in dieser Form sind in allen Welten wieder am Lager.

Dauerwäsche-Vertrieb,

Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts, Ecke Sternstr. 4393

Konsum-Verein für Ammendorf und Umgegend,

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Freitag, den 29. März 1918, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Burgschlößchens, Burgstraße:

Ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über das 1/2jährige Geschäftsjahr 1917/18.
2. Anträge der Mitglieder laut § 16 des Statuts.
3. Geschäftliches.

*2335

Rich. Friedel, Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene

Grammophon-Platten

kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf 4400

Gustav Uhlig

Uhren und Musikwerke

Untere Leipzigerstr.

Möbel-Transporte

sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus 4001

Albert Ackermann,

Thomasiusstraße 15. Tel. 5643.

Gelegenheitskauf!

Küchen-Garnituren

in schönster Ausführung.

Cecilie	Wanda	Lucie
22 teilig	22 teilig	22 teilig
Mk. 28.75	Mk. 22.50	Mk. 34.50

Steinweg 45. **Sobel,** Reilstrasse 1.

4362 Ammendorf: Bahnhofstrasse 3.

Preiswerte Schulartikel:

Schultornister	5.98 bis 14.50 Mk.
Frühstückstaschen	75 Pfg. bis 2.78 Mk.
Schiefertafeln	68 Pfg. bis 75 Pfg.
Schieferkästen	50 Pfg. bis 1.25 Mk.
Schüler-Etui	2.50 bis 3.35 Mk.
Schulbücher für alle Klassen	Stck. 20 Pfg.
Diarium	Stck. 38 u. 53 Pfg.
Bleistifte	Stck. 9 u. 12 Pfg.
Federhalter	Stck. 5, 8, 35 u. 45 Pfg.
Stahlfedern	Stck. 2 Pfg.
Malkasten	Stck. 85 Pfg. bis 3.25 Mk.
Pinsel	Stck. 38, 48, 50 Pfg.
Tinten-Pulver u. i. Flasch.	9, 40, 75 Pfg.

Tabakspfeifen	Stck. 2.20 bis 4.95 Mk.
Shag-Pfeifen	Stck. 50 Pfg. bis 2.45 Mk.
Zigarren- u. Zigarettenspitzen	St. 14 Pfg b. 1.28 Mk.

Kaufhaus H. Elkan,

Leipzigerstr. 87. 4383

Alfred Hoppe,

nur **Kuhgasse 6,**

4384 zeigt den Eingang der

neuesten Damenhüte

hiermit ergebenst an.

Umarbeitungen getragener Hüte werden geschmackvoll und preiswert ausgeführt.

Allgemeiner Konsum-Verein, Halle und Umgegend,

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Donnerstag, den 28. März, abends ½9 Uhr im „Volkspark", Burgstraße 27:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das abgelaufene Halbjahr 1917/18. 4389
2. Anträge der Mitglieder.

Der Aufsichtsrat: Fr. Hoffmann. H. Wolf.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0004

Grundsätzlicher Bankrott.

Friedrich Stampfer knöpfte sich im Vorwärts vom 8. März die Unabhängigen vor und bedauerte lebhafte, daß bei der Debatte im Wahlkampf von Niederbarnim die grundsätzliche Auseinandersetzung der beiden rivalisierenden Richtungen nicht genügend zur Geltung komme. Natürlich suchte er die Gründe dafür ganz bei den Unabhängigen. Es mag sein, daß das Grundsätzliche bei diesem Wahlkampf in den Hintergrund trat. Woran lag das? Bei früheren Wahlkämpfen setzte sich die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Gegnern und deren Grundsätzen auseinander. Bei dem Wahlkampf in Niederbarnim hatte es die Sozialdemokratie, die allein durch die Unabhängigen vertreten ist, in der Hauptsache mit einem Gegner zu tun, dessen Politik die der vollkommensten Grundsatzlosigkeit ist. Das drückte natürlich das Niveau der Wahldebatte recht bedeutend herab.

Diese Grundsatzlosigkeit der Rechtssozialisten beweist Stampfer selbst. Er schreibt in seinem Artikel:

> Hätte die Sozialdemokratie die Möglichkeit, einen Mehrheitsbeschluß gegen die Kriegskredite durchzusetzen, so wäre das von der allergrößten Bedeutung, denn damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, die Regierung zu einer Politik zu zwingen, die dem Willen dieser Mehrheit entspricht. Für den Reichstag als Ganzes hat jedoch die Frage der Kreditbewilligung nie bestanden, weil die bürgerlichen Parteien nicht dazu zu bringen sind, von diesem letzten parlamentarischen Machtmittel Gebrauch zu machen.

Was heißt das in gutes Deutsch übersetzt? Es heißt, grundsätzlich hat die Sozialdemokratie die Absicht, gegen die Kriegskredite zu sein und durch ihre Ablehnung die Regierung zu zwingen, eine Politik zu treiben, die eine wirkliche Friedenspolitik ist. Aber da die bürgerlichen Parteien, als die Vertreter der kapitalistischen und imperialistischen Politik, die Kriegskredite bewilligen, so hat es keinen Zweck, die Kredite abzulehnen, weil die Sozialdemokratie doch in der Minderheit ist. Das ist die Proklamation der Grundsatzlosigkeit und der selbst gewollten Ausschaltung der Minderheit.

Für Stampfer ist nämlich die Abstimmung der Minderheit etwas ganz Bedeutungsloses. Die Hauptsache ist für ihn der Beschluß. Und bei dem Beschluß hat man dabei zu sein, gleichgültig, ob es mit den Grundsätzen vereinbar ist oder nicht. Er meint denn auch:

> Die Frage war nur, mit welchem Stimmenverhältnis die Kredite vom Reichstag angenommen werden sollten, und diese Frage hätte mit etwas mehr Gelassenheit behandelt werden können, um übrewillen eine Sprengmine in die Arbeiterbewegung zu legen, war entschieden eine Frivolität.

Wer die Sprengmine an die Arbeiterbewegung gelegt hat, wurde den Rechtssozialisten von ihrem treuen Blockbruder, Herrn Erzberger, gesagt, der bei der Statsdebatte erklärte:

> Die Sozialdemokratie (d. h. die Rechtssozialisten) hat das größte Opfer parteipolitisch bei dieser Mehrheitsbildung gebracht, denn sie hat ihren Verband gesprengt, sie hat das Kostbarste, die Einheit der Partei, aufgegeben.

Und für was haben die Rechtssozialisten den sozialdemokratischen Verband gesprengt? Stampfer sagt es: für eine Sache, die man mit mehr Gelassenheit hätte behandeln sollen. Nach seiner Auffassung. Aber nach der Auffassung desjenigen Teiles der Sozialdemokratie, der noch Grundsätze hat und daher auch noch eine grundsätzliche sozialistische Politik betreibt, war die Frage der Kreditbewilligung keine Frage der Gelassenheit, keine Frage bloßer parlamentarischer Taktik, sondern es war die grundsätzlichste Frage, vor die die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte gestellt wurde; sie hat die tiefste Bedeutung für die ganze innere und äußere Politik und für die Stellung der Sozialdemokratie im Lande und zur Internationale.

Wenn die Rechtssozialisten in der gelassenen und saloppen Weise, wie Stampfer, zu der Frage der Kreditbewilligung Stellung genommen haben, dann beweisen sie eben ihr vollkommenes Versagen im politischen Leben und ihre katastrophale Grundsatzlosigkeit.

Stampfer hohnt nun freilich über die Politik der ohnmächtigen Proteste und des Sitzenbleibens, die die Politik der Unabhängigen sei. Er rühmt dagegen die Politik der Rechtssozialisten, die „der Zeit die Zeichen des eigenen Willens aufzudrücken" versucht. O, wie großartig ist diese Pose! Ist der Belagerungszustand, die Zensur, der Friedensschluß mit Rußland und Rumänien das Zeichen des eigenen Willens, das die Rechtssozialisten der Zeit aufgedrückt haben? Sie haben der Zeit lediglich das Zeichen ihrer einfältigen Illusionspolitik, ihrer hohlen Phraseologie aufgedrückt und ihrer ganzen Grundsatzlosigkeit, mit der sie den Karren der deutschen Imperialisten und Annektionisten voranschieben helfen. Das Aufstehen der Rechtssozialisten bei der Kreditbewilligung nur des Stimmenverhältnisses wegen, das Aufstehen beim Ukrainevertrag, das Aufstehen, das beim Friedensvertrag mit Rußland erfolgen wird, trotzdem, nach Stampfer, dessen Inhalt von ihnen aufs entschiedenste verworfen wird, ist in diesem Falle weiter nichts als die Erklärung des grundsätzlichen Bankrottes. Demgegenüber ist das Sitzenbleiben und der Protest der Unabhängigen sozialistische Grundsatzfestigkeit und politische Konsequenz.

Stampfer bringt zuletzt dann die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit auf die Formel: entweder deutscher Sozialdemokrat oder russischer Bolschewik. Freilich meint er, die Unabhängigen hätten nicht den Ueberzeugungsmut zum Bolschewismus. Denn ihm ist der Bolschewismus gleichbedeutend mit weiter nichts, als daß die Bolschewiki den Kampf gegen den feindlichen Imperialismus an die zweite Stelle und den Kampf gegen den heimischen Imperialismus an erster Stelle setzen. Würden die Unabhängigen sich, um von Stampfer nicht des Mangels an Ueberzeugungsmut gezeihen zu werden, auf den Boden dieser Formel stellen, dann wäre natürlich sofort die Denunziation da: Seht die Unabhängigen sind Gegner der Landesverteidigung, sie wollen das Land dem feindlichen Imperialismus ausliefern. Eine Denunziation, die bei der „grundsätzlichen" Kampfesweise der Rechtssozialisten von Heilmann gegen unsern Genossen Breitscheid ausgesprochen worden ist.

Nun wir wollen einmal, soweit das jetzt möglich ist, ganz deutlich sein. Die Unabhängigen sind gegen den Imperialismus, ob er ein heimischer oder ein feindlicher ist. Sie setzen beide Imperialismen an ein und dieselbe Stelle. Sie erkennen die innige Solidarität des Imperialismus noch hevor sich der deutsche in die Niederwerfung unserer proletarischen Brüder in Rußland und Finnland machte. Weil die Unabhängigen erkannt haben, daß dieser Krieg ein imperialistischer ist, daß seine Ziele imperialistische sind und keine anderen sein können — deshalb sind die Unabhängigen gegen die Bewilligung der Kriegskredite und diese Stellungnahme ist eine grundsätzlich sozialdemokratische. Es ist ein Nonsens, zahnschmerzlang zu erklären, wir bewilligen dem Militarismus als Instrument des Imperialismus keinen Mann und keinen Groschen, und dann am Tage, wo dieses Instrument für die Interessen des Imperialismus eingesetzt wird, alles zu bewilligen.

In dieser grundsätzlichen Stellungnahme zum Krieg wird die unabhängige sozialdemokratische Partei durchaus beharren. Und die Massen der Arbeiter werden hinter ihr stehen.

Heute hält die Regierung noch die schützende Hand über die Rechtssozialisten. Aber der grundsätzliche Bankerott der Abhängigen wird von Tag zu Tag offenkundiger. (Tribüne, Erfurt.)

Immer höhere Preise

verlangen weite Kreise der deutschen Landwirtschaft. Die einen wollen den Kartoffelpreis erhöht haben, weil man sonst zum Körnerbau übergeht; die andern verlangen Erhöhung des Getreidepreises, weil man sonst zum Zuckerrübenbau übergeht; wieder andere wollen den Preis für Zuckerrüben erhöht haben, weil sonst Futterrüben bevorzugt werden. Und sind die Preise festgesetzt, dann hat man es mit der Ablieferung nicht gerade eilig, weil man weiß, daß man bei säumiger Ablieferung Lieferungsprämien bekommt, was eine indirekte Preiserhöhung bedeutet. Neben den Lieferungsprämien für Kartoffeln gab es solche für Getreide. Jetzt ist wieder für Heu und Stroh eine Lieferungsprämie festgesetzt worden und so geht es weiter. Daneben verlangt die Landwirtschaft, daß die Lieferungs- bezw. Druschprämien längere Zeit bestehen sollen, als sie vom Kriegsernährungsamt festgesetzt wurden, „um später erntende Bezirke nicht zu stark zu schädigen". Dabei hat die Lieferungsprämien nicht einmal mehr die gewünschte Wirkung. Der Bayr. Kurier muß am 25. Februar sogar eingestehen: „Die vom Kriegsernährungsamt in die Presse gegebene Mitteilung über besondere Vergütung bei Ablieferung von Heu und Stroh hat bedauerlicherweise einzelne Landwirte veranlaßt, mit weiteren Ablieferungen vorerst zurückzuhalten. Also direkt das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte. Im Tag Nr. 30/1918 macht J. Hahnung den Lesern plausibel, daß die Kartoffelpreise viel zu niedrig sind.

> „Wenn die Höchstpreise für Kartoffeln nicht erhöht werden, wird auch im neuen Jahre die Anbaufrucht zurückgehen ... Will man eine Vergrößerung der Kartoffelanbaufrucht für 1918, so setze man entweder den Höchstpreis für Frühkartoffeln im Juli auf 15 Mk., im August auf 12 Mk. und den Herbstpreis auf 8 Mk. fest, oder man verfahre nach dem Oldenburgischen Vorschlage, indem man der Landwirtschaft ein festes Kontingent (vielleicht von 10 bis 15 v. H.) zu einem mäßigen Höchstpreise auferlegt und den übrigen Teil der Ernte dem freien Handel überläßt."

Das bedeutet fast eine Verdoppelung der bisherigen Kartoffelpreise. Und wenn der Landwirt nur verpflichtet wäre, 10 bis 15 v. H. zum Höchstpreise abzuliefern, dann würde man dem freien Handel für das größere Quantum Kartoffeln bestimmt den 3- bis 4- oder mehrfachen Preis von heute bezahlen. Die Bemerkung, „daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sich auf die Dauer nicht auf der Friedenshöhe halten lassen", beweist, mit welchen Mitteln man die öffentliche Meinung zu beeinflussen sucht. Auch die Konsumenten wollen die Preise nicht auf der Friedenshöhe halten. Daß die Preise die Friedenshöhe aus mehrfache längst überschritten haben, steht doch fest. Die Konsumenten wollen nur die Preise so halten, daß für die große Masse der Verbraucher noch erschwinglich sind. In demselben Artikel wird gleichzeitig eine Erhöhung der Gemüsepreise gefordert.

In dem Wochenbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats vom 26. Februar wird wieder der Nachweis zu erbringen versucht, daß das Getreide in Deutschland billiger ist als im Ausland und dazu bemerkt: „Angesichts dieser Verhältnisse wird es nicht mehr als recht und billig sein, auch der deutschen Landwirtschaft eine Preiserhöhung zu bewilligen, so sonst die große Gefahr besteht, daß der Getreidebau noch mehr als bisher zugunsten anderer Kulturen zurückgehen wird." Auf die Gründe, weshalb die Preise im Ausland höher sind, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Man sollte endlich einmal von landwirtschaftlicher Seite die Drohungen unterlassen, daß, falls eine Preiserhöhung für dieses oder jenes Produkt nicht stattfindet, der Anbau zurückgeht. Es könnte ja eines Tages dahin kommen, daß überhaupt nichts mehr angebaut wird. Die Sache liegt doch so: Einmal besteht die Gefahr, daß der Getreidebau zurückgeht. Wird der Getreidepreis erhöht dann besteht die Gefahr, daß der Kartoffelanbau zurückgeht; wird der Preis für Kartoffeln erhöht, dann besteht die Gefahr, daß der Futteranbau zurückgeht; wird der Viehpreis erhöht, besteht die Gefahr, daß das Getreide verfüttert wird; und wird der Getreidepreis wieder erhöht, um die Verfütterung zu vermeiden, dann besteht die Gefahr, daß unser Viehbestand zurückgeht. Wann in aller Welt kommen wir endlich aus diesen Gefahren heraus? Im vorigen Jahre hat das Kriegsernährungsamt eine Preisrelation vorgenommen. Es hat die Preise der verschiedenen Produkte in Einklang miteinander zu bringen versucht. Dieses Vorgehen wurde allseitig begrüßt. Aber jetzt scheint man an dem errichteten Bau wieder einen Stein nach den andern herausbrechen zu wollen, um über kurz oder lang das zusammengebrochene Gebäude wieder neu aufrichten zu müssen, das heißt, wieder ein neues Preisverhältnis zu schaffen. Natürlich wollen die Landwirte dann ein Preisverhältnis nach ihrem Wunsche. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen weist nicht mit Unrecht auf diese Zusammenhänge hin und verlangt, daß dem Treiben der Landwirte endlich Einhalt geboten wird.

Ums tägliche Brot.

Die Begünstigung des Landes.

Es kann wohl niemand ernsthaft auf den Gedanken kommen, die Landwirte hätten sich in der Ernährung auch nur annähernd die gleiche Beschränkung aufzuerlegen notwendig gehabt wie die städtische Bevölkerung und vor allem weite Kreise der Arbeiterschaft. Der beste Beweis dafür, daß es den Landwirten im allgemeinen nicht an Nahrungsmitteln mangelt, ist die allbekannte Tatsache, daß im Schleichhandel immer noch sehr große Mengen von Erzeugnissen der Landwirtschaft verkehren werden. Wäre bei den Landwirten ein fühlbarer Mangel an Nährstoffen vorhanden, dann würden sie doch dem Schleichhandel nicht die großen Mengen zutuhren, sondern sich daraus selbst erst genügend befriedigen. Mindestens das, was der Schleichhandel ergattern kann, stellt einen Ueberfluß aus landwirtschaftlichen Kreisen dar. Das muß und kann als unbestreitbar gelten.

Die Landwirte erheben aber auch den Anspruch auf eine erhebliche Vergünstigung gegenüber der städtischen Bevölkerung. Die Nachrichtenstelle der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg wendet sich in der Deutschen Tageszeitung gegen die Herabsetzung der „Selbstversorgerration". Und mit welcher Begründung? Die Ernährung der Landwirte müsse nicht nur den Bedürfnissen der gegenwärtigen Kriegsgefahr genügen, sondern auch denen der zukünftigen Geschlechter. Die Zukunft berühre auch einem gesunden und tüchtigen Bauernstand, des kräftigsten Teiles der Bevölkerung, Dannach müßten sich die Maßnahmen der Ernährungswirtschaft richten. Eine nicht ausreichende Ernährung der Landwirte für die Zukunft sei gefährlicher als eine zu knappe Ernährung der großstädtischen und Industriebevölkerung in der Gegenwart. Andernfalls versündige man sich an der „Stammestüchtigkeit der deutschen Rasse".

Das ist eine Auffassung, und offenbart eine Anschauung, die das schaffende Volk in den Städten mit ungeheurem Befremden vernehmen wird.

109]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Der scharfsinnige Plan, der an der Waldecke bei Wäschenbeuren gefaßt wurde, war nur sehr unvollkommen ausgeführt worden. Das Sprichwort, daß nicht alles Gold ist, was glänzt, hatte sich auch bei dem Eintritte Schwanns in die Genossenschaft der Gauner bewahrt. Daß es ist nicht wahr, daß die Spitzbuben ehrlich gegeneinander sind und daß sich auf diese Eigenschaft eine feste gesellige Ordnung unter ihnen gründen ließe. Neid, gegenseitiger Betrug und nie ruhender Verdacht, selbst unter Verwandten, verbitterten ihm das von Hause aus arglose Gemüt gegen diese neue Welt bald noch stärker als gegen die alte, die ihn ausgestoßen hatte. Er zog meist mit der schwarzen Christine, die er sich beigesellte, allein in den Landen umher. Dieses ungewöhnliche Weib, von welcher der Geschichtschreiber „eines Räubers" und „einer Räuberin" sagt, sie habe alle Gaben der Natur in reichem Maße besessen, mit einer sehr schönen Körperbildung eine große Tätigkeit und Anlage des Geistes verbunden, hing an ihm mit einer Leidenschaft, wie sie die alten Sagen jenen Hinweibern beilegen; aber sie quälte ihn durch eine unbändige Eifersucht, und als die blonde Christine trotzdem daß es ihr geglückt war, in einem Dienste unterzukommen, dem Zuge ihres Herzens folgend, ihn eine Besuchte, so duldete die Eigenuerin sie nicht, sondern trieb sie gegen seinen Willen nach kurzem Zusammenleben wieder fort. Dem Scharfsinn und der Gewandheit dieses Weibes verdankte er seine ähnlichsten Tage, wenn man es ein Glück heißen kann, von gestohlenem Gute zu leben. Aber man traffi nicht jeden Tag einen Markt, um die Taschen zu füllen, auch gelang nicht jeder Marktbesuch. Christine wurde niedrmals gefangen; auch die Ehehändel trennten das Paar oft wochenlang. Wenn es gut ging, so zog er als Krämer mit Roß und Kramkiste durch das Land, verkaufte seine Waren um billige Preise von Haus zu Haus, wied jede verrufene Gesellschaft, herbergte in den besten Gasthäusern und war, wie er in der Untersuchung sagte, auf der ganzen Straße von Mergentheim bis Straßburg als der ehrlichste Kerl bekannt, so daß die Wirte, wie er hinzufügte, sich entsetzlich verwundern würden, wenn sie erführen, daß sie unter dem Namen des ehrsamen Krämers Johann Siamund oder auch Hermann den Sonnenwirtle aufgenommen hätten. Daß seine äußere Erscheinung ihn hiebei aufs beste unterstützte, gestand ihm nicht bloß der Spiegel, sondern sogar ein gedruckter Steckbrief, den zwei Schultheißen einst in der Schenke miteinander lasen, während er selbst ihnen, an ihrem Gespräche über den Sonnenwirtle teilnehmend, gemütlich über die Schulter in das Papier blickte; „Und ist vorgemeldter Erz-Gauner," hieß es darin, „fünf Fuß, sieben Zoll groß, gedrungener Gestalt, hat gelbliches Haar, dicken Kopf, feines weißes Gesicht, dide, runde Backen, volle Waden." Im Bewußtsein dieses ehrbaren Aussehens wagte er einst einem pfälzischen Schultheißen und zwei Jägern, die ihn im Spiel betrogen und ihm seine Pistolen nehmen wollten, mit gerichtlicher Klage zu drohen und dem Schultheißen, als er sich hiedurch nicht schrecken ließ, den Hund, den dieser an ihn hetzte, niederzuschießen. Aber nicht immer liefen die Abenteuer so lustig ab. Oft versiegen alle Erwerbsquellen, oder er wurde von Diebsshehlern, welchen er auf seinen Irrfahrten um die gefangene Christine seine Kramkiste anvertrauen mußte, um den Inhalt derselben bestohlen. In solchen Zeiten mußte er Hunger und Kummer leiden und, wie jeder, der sich dem Teufel ergibt, die Erfahrung machen, daß dieser ein Kilz ist, und daß man mit der Ehrlichkeit auch im schlimmsten Fall so weit kommt als mit dem Gegenteil. Dann griff er zu gefährlicheren Unternehmungen: er ließ sich von den Zuchtbanden im Gebiete des deutschen Ordens anwerben oder sammelte vorüberziehende Genossen zu Einbrüchen unter seiner eigenen Hauptmannschaft, welche aber nie länger dauerte als das einzelne Unternehmen selbst. Auf der Straße hat er nie geraubt. Sein Geschichtschreiber sagt, er habe sich gegen das Ende seiner Laufbahn Grausamkeiten aus Rachsucht erlaubt; doch habe er auch in seinen schwersten Verbrechen Spuren übriggebliebener Menschlichkeit. Mitleiden gegen Arme und Unterdrückte gezeigt, den Grundsatz, nie einen Dürftigen zu betrauben, durchgeführt, sehr große Almosen gegeben, und den Armen geschenkt, was er den Reichen gestohlen hatte. Von wirklichen Grausamkeiten findet sich aber nichts in den Akten, die sehr genau in seine Verbrechen eingehen. Wohl sind Grausamkeiten von den Genossen seiner Taten angeführt, nicht aber von ihm. Auch verdient hervorgehoben zu werden, daß Einbrüche, die seine Genossen ohne ihn unternahmen, mehrmals von scheußlichen Mordtaten begleitet waren, wogegen bei Ueberfällen, die er leitete oder unterstützte, nie ein Mord begangen worden ist, mit einer einzigen Ausnahme, an welcher er unschuldig war, welche aber seine Heimat noch einmal in Furcht und Schrecken sehen sollte.

Ein Jahr nach dem Tode des Fischers, um Ostern, wagte er sich wieder in die Gegend von Ebersbach, schickte die schwarze Christine in die Sonne und trug ihr auf, seinem Vater zu sagen, sie habe einen Unbekannten auf der Straße getroffen, der ihn grüßen lasse. Als er in den folgenden Tagen wieder mit ihr zusammentraf, erfuhr er von ihr, daß sein Vater seine Kinder zu sich genommen habe. Inzwischen aber hatte er sich selbst in Ebersbach zu Gaste geladen und hiedurch den Tod eines Menschen veranlaßt, denn er nichts weniger als übel wollte. In der Gegend umherschweifend, war er am Rechberg hinter einer Hecke hervor, unvermutet von einem Kameraden dem sogenannten Jägerkatperle, angeschritten worden, der ihm klagte, er habe keinen Kreuzer hinter sich und vor sich, und ihn fragte, ob er keine Gelegenheit wisse. Da fiel ihm sein Vormund ein, mit dem er noch ein Hühnchen zu pflücken hatte. Schon die nächste Nacht fand die beiden Spießgesellen in dessen Laden. Während aber Schwan die erste Beute in einem benachbarten Gäßchen absetzte, kam der Flederschütz zu seinem Unitern des Weges daher. Er hatte mit einem Bekannten bis über Mitternacht im Branntweinhause gezecht, sah den Laden offen und taumelte hinein, um zu sehen, was es gebe. Der Räuber schrie ihn an, er solle sich packen. Da aber der Schütz ihn anstarrte und noch näher auf ihn zuging, so gab der Räuber, der seinen Stock für eine Flinte hielt, ohne weiteres Feuer und sprang seinem Genossen zu. Ein Nachbar, der von dem Schuß erwachte, sah zum Fenster heraus und rief, da er jemand im Gäßchen erblickte: „Was ist das für ein Schuß? hat man nach des Sonnenwirts Frieder geschossen?" „Ja, ja!" antwortete dieser und machte sich mit dem andern davon. Daß der Getroffene der Schütz war, und daß die Kugel ihm das Leben gekostet, erfuhr er erst später, und prügelte seinen ungeschickten Kameraden dafür und für einen Einbruch bei einem Kaufmann in Winnenden, den er als einen ehrlichen Mann nicht bestohlen wissen wollte, tüchtig durch. Dieser, der die Schläge als verdient anerkannte, ließ den Verbrich darüber an einem Dritten aus, der ihn zu dem Einbruch in Winnenden verleitet hatte, und hieraus entstand eine Feindschaft, welche so tödlich wurde, daß man einander mit Schüssen zu Leibe ging, und daß der Verführer des kleinen Kaspers, als geschworener Gegner des „Sonnenwirts", von den rheinischen Gaunern den Namen „Konterwirt" erhielt. Der Tod des Schützen aber wurde in Ebersbach als eine neue Meuchelstat der schädlichen bösen Wurzel angesehen, und der Rat ließ Sturm schlagen und alle Bürger unter das Gewehr rufen, als ob eine ganze Armee von Gaunern im Anmarsch wäre. Der Kirchenkonvent von Ebersbach, unter dem Vorsitze des Pfarrers und Amtmanns, beschloß, dem jüngsten Kinde des unglücklichen Schützen eine kleine Unterstützung auszusetzen und zugunsten der übrigen Hinterbliebenen desselben ein unterständiges Memorial bei der Herrschaft einzureichen, trafte aber zugleich den Rechtsbruder des Erschossenen um ein Pfund Heller, weil er demselben beim Schwan's Gesellschaft geleitet und dadurch mittelbar Gelegenheit zu dem Ueberfall gegeben habe. (Forts. folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. März 1918.

Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes.

Große Wohnungsnot nach dem Kriege!

I.

Der Magistrat der Stadt Halle hat einen umfangreichen Entwurf zur Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes ausgearbeitet. Dieser Entwurf, mit dem sich der Haushaltsausschuß in seiner gestrigen Sitzung befaßt hat, wird der für nächsten Montag einberufenen Stadtverordnetensitzung zur Beschlußfassung vorgelegt werden, und seine Annahme darf wohl als sicher gelten.

Die staatliche und gemeindliche Organisation des Wohnungswesens und die Milderung und Beseitigung der durch den Krieg hervorgerufenen und jetzt schon zu einem schlimmen öffentlichen Notstand gesteigerten Wohnungsnot ist zu einer unabweisbaren und zwingenden Notwendigkeit geworden. Während des Krieges hat der Wohnungsbau so gut wie vollständig geruht. Infolgedessen ist in allen Städten die Zahl der leerstehenden Wohnungen beständig zurückgegangen, und in den Städten und Orten, denen die Kriegsindustrie einen Massenzuzug von Arbeitskräften gebracht hat, herrscht schon seit Jahren ein förmliches Wohnungselend, das wie ein Krebsschaden am Volkskörper frißt und unleugbar große soziale und sittliche Gefahren in sich birgt. Sind doch gesunde, luftige und geräumige Wohnungen nicht nur der beste Schutz gegen die Niederhaltung und Ausbreitung volksverseuchender Krankheiten, sondern auch eine der wesentlichen Vorbedingungen für eine gesunde Sittlichkeit des Volkes. In engen, dumpfen, feuchten Wohnungen, in denen die Armut oft kinderreiche Familien zusammendrängt und wo sich die notwendige Trennung der Geschlechter aus Mangel an Raum und an Schlafgelegenheiten vielfach nicht durchführen läßt, da können naturgemäß weder die körperliche Gesundheit, noch auch ein reines sittliches Empfinden gedeihen. Die Berichte der Wohnungsinspektoren haben uns schon in Friedenszeiten wahrhaft grausige Bilder über die traurigen Wohnungszustände in den Großstädten enthüllt. Eine gründliche Reform dieser Zustände ist weder vom Staate noch auch von den Stadt- und Gemeindeverwaltungen mit dem nötigen Nachdruck angestrebt und eingeleitet worden. Die Städte und Gemeinden hätten den Kleinwohnungsbau viel tatkräftiger fördern müssen, als das bislang geschehen ist. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter haben unentwegt gefordert, daß die Städte den Wohnungsbau in eigener Regie betreiben sollen, aber immer standen und stehen noch die — Hausbesitzerinteressen der Durchführung dieser selbstverständlichen Forderung entgegen!

Dabei forderte der Mangel an Kleinwohnungen doch schon in der Friedenszeit geradezu gebieterisch eine energische Abhilfe durch die Stadtverwaltungen. Man beschränkte sich jedoch meist auf die bloße Unterstützung von Baugenossenschaften, deren Tätigkeit und Mittel natürlich bei weitem nicht ausreichten, um den Bedarf an Kleinwohnungen auch nur einigermaßen zu decken. Nun drängt das in der Kriegszeit unheimlich gewachsene Wohnungselend dazu, sich ernsthafter als bisher mit dem Wohnungswesen zu beschäftigen. Das vorhandene Wohnungsangebot und die Wohnungsnachfrage geraten in ein immer ärgeres Mißverhältnis zueinander; das Wohnungelend wird sich aber in seiner ganzen Größe erst fühlbar machen, wenn nach Beendigung des Krieges für die zahlreichen kriegsgetrauten Paare Wohnungen beschafft werden sollen. Gegen diesen unausbleiblichen Notstand rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen und ihn nach Kräften zu mildern und abzuwehren suchen, das wird so für jede einsichtige Stadtverwaltung zu einer unbedingten und unerläßlichen sozialen und ethischen Pflicht!

•

Auch in der geplanten Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes in Halle darf man ein Bekenntnis zu dieser Pflicht sehen. Fraglich bleibt indes, ob sich mit den einzelnen in dem Entwurfe des Magistrats vorgeschlagenen Maßnahmen allein die Wohnungsnot wirksam bekämpfen läßt. Bei dem Umfange, den sie angenommen hat und der immer bedrohlicher wird, läßt sich mit halben Mitteln wirklich nichts mehr erreichen. Der Magistrat bleibt aber mit seiner Vorlage auf halbem Wege stehen, wenn er in sein Wohnungsreform-Programm nicht auch noch den Kleinwohnungsbau in städtischer Regie aufnimmt. Wohnungsstatistiken, Wohnungsaufsicht, Wohnungsmeldungen, Wohnungsnachweis usw. werden doch immer nur unzulängliche Mittel zur Linderung der Wohnungsnot bleiben. Wirksam und mit Erfolg kann der Wohnungsmangel nur bekämpft werden durch den Bau von Kleinwohnungen. Und hier sollte sich die Stadt nicht bloß auf die Unterstützung und Förderung von Baugenossenschaften beschränken, sondern sie sollte den Bau von Kleinwohnungen selbst in die Hand nehmen! Doch davon ist in der Magistratsvorlage mit keinem Worte die Rede, und so wird es Aufgabe der Stadtverordneten sein, den Entwurf nach dieser und anderer Richtung hin noch zu erweitern und zu ergänzen.

•

Der Aufgabenkreis des Wohnungsamtes

wird in der Magistratsvorlage wie folgt gezogen: § 1. Die Stadtgemeinde errichtet am 1. April 1918 ein städtisches Wohnungsamt. Sein Aufgabenkreis umfaßt alle Angelegenheiten, welche das Wohnungswesen der Stadt betreffen, insbesondere die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege (bisher Wohnungsinspektion), das Wohnungsmeldewesen und den Wohnungsnachweis, die Wohnungsstatistik, die Wohnungsfürsorge, die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens, besonders die Fürsorge für die Bereitstellung von Wohnungen für Minderbemittelte und kinderreiche Familien.

II. **Wohnungsdeputation.** § 2. Das Wohnungsamt wird unter der Aufsicht des Magistrats von der Wohnungsdeputation gemäß § 59 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 verwaltet. Sie besteht aus 21 Mitgliedern, und zwar drei Magistratsmitgliedern, dem Stadtarzt, dem Kreisarzt des Stadtkreises, den Bauinspektoren der Baupolizei, elf Bürgern, von denen mindestens fünf Stadtverordnete, zwei Bausachverständige und vier Hausbesitzer (!) sein müssen (!), zwei Frauen und dem Direktor des Wohnungsamts. Die Bürger, welche nicht Stadtverordnete sind, und die Frauen werden auf drei Jahre gewählt.

§ 3. Die Deputation wird von dem Vorsitzenden nach Bedarf einberufen und ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende sowie mindestens sechs Mitglieder anwesend sind.

§ 4. Der Wohnungsdeputation ist regelmäßig Bericht über die Wohnungsbesichtigungen, die dabei angeordneten Maßnahmen und ihren Erfolg zu erstatten. Sie beschließt über Fragen allgemeiner und grundsätzlicher Natur sowie über wichtige Einzelfragen. Bei der Ausübung der Wohnungsaufsicht liegt ihr die Beschlußfassung insbesondere über folgende Angelegenheiten ob: 1. ob vorhandene Mängel bestehen bleiben können, 2. in welcher Weise umfangreiche oder kostspielige Aenderungen zur Beseitigung von Mißständen aufzuerlegen sind, 3. ob zur Beseitigung von Mängeln eine längere Frist als drei Monate gewährt werden soll, 4. ob ein polizeiliches Zwangsverfahren, sofern es für die Beteiligten einschneidende Folgen nach sich zieht, zu erwirken ist, 5. in der Regel, ob eine Wohnung geräumt und im Falle des Widerstandes polizeilich geschlossen werden muß. Die Wohnungsdeputation kann jeder zeit in ihrer Gesamtheit oder durch einzelne Mitglieder selbst Wohnungs-Besichtigungen vornehmen und zu diesem Zweck auch dauernde Unterkommissionen bilden.

III. **Wohnungsaufsicht.** § 5. Die Wohnungsaufsicht ist eine städtische Wohlfahrtseinrichtung und keine polizeiliche Maßnahme. Ihre Organe sind die Wohnungspflegerinnen oder sonstige Angestellte der Stadt. Diese haben hauptsächlich folgende Dienstaufgaben: 1. Die Wohnungspflegerinnen bzw. Wohnungsaufseher haben die Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen nach Maßgabe der jeweilig bestehenden gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften, insbesondere der Wohnungsordnung vom 29. Oktober 1910 zu überwachen und dabei ihr Augenmerk auch auf hygienische und sittliche Mißstände im Wohnungswesen zu richten: 2. ihrer Beaufsichtigung unterliegn die Wohn-, Schlaf- und Küchenräume mit den dazu gehörigen Waschküchen, Kellern, Aborten, sonstigen Nebenräumen und Zugängen. Sie haben darauf zu sehen, ob infolge von Ueberfüllung von Wohnungen gesundheitliche Gefahren vorliegen; 3. sie haben Beschwerden der Hausbesitzer, Mieter und Aftermieter über Mängel bzw. Mißstände in der Beschaffenheit der Wohnungen, über unordentliches, die Benutzung der Wohnungen schädigendes Verhalten der Mieter und Untermieter entgegenzunehmen und durch örtliche Besichtigungen Klagen auf ihre Begründung zu prüfen; 4. auf die möglichst baldige und gründliche Beseitigung der bei den Besichtigungen oder infolge von Beschwerden festgestellten Mängel und Mißstände an den Wohnungen und ihrer Benutzungsweise haben sie durch Erörterung mit den Beteiligten, Belehrung, Mahnung und Warnung an Ort und Stelle hinzuwirken. Zureden und zweckmäßige Ratschläge sollen in erster Linie die Beteiligten zur Ausführung des jeweils zur Behebung der Uebelstände Erforderlichen geneigt machen.

§ 6. Mit den städtischen und privaten Veranstaltungen und Einrichtungen, die mittelbar und unmittelbar eine Fürsorgetätigkeit ausüben (Armenverwaltung, Säuglingsfürsorge, Jugendamt, Lungenkrankenfürsorge usw.) haben die Organe der Wohnungsaufsicht dauernd Fühlung zu nehmen. Die Geschäfte werden auf Grund der vom Magistrat zu erlassenden Dienstanweisung geführt.

IV. **Wohnungsmeldungen und Wohnungsnachweis.** § 7. Die Stadtgemeinde unterhält einen Wohnungsnachweis, der die Vermietung von Wohnungen, Geschäftsräumen, einzelnen Zimmern usw. vermittelt. Die Wohnungsvermittlung geschieht unentgeltlich. Zur Durchführung des Wohnungsnachweises dienen die von den Hauseigentümern, ihren Vertretern oder sonstigen Vermietern über das Freiwerden sowohl wie über die Vermietung oder sonstige Ingebrauchnahme von Wohnungen, Geschäfts- und Einzelräumen usw. zu erstattenden Meldungen. Diese sind durch Polizeiverordnung vorgeschrieben.

V. **Wohnungsstatistik.** § 8. Die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht und des Meldewesens, die Tätigkeit des Wohnungsnachweises sowie alles sonstige, das Wohnungswesen der Stadt betreffende Material sind in einer eingehenden Statistik vom Wohnungsamt zu verwerten. Nähere Anweisungen hierzu sowie über die Abgrenzung der vom Wohnungsamt oder dem Statistischen Amt zu erledigenden Aufgaben erläßt der Magistrat.

VI. **Wohnungsfürsorge.** § 9. Das Wohnungsamt bereitet alle Maßnahmen vor, welche die Wohnungsfürsorge, die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Förderung des Baues von Wohnungen, insbesondere die Bereitstellung von Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung zum Gegenstande haben. Ihm obliegt auch die Förderung und Pflege des Siedlungswesens. Dem Magistrat sind die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten."

Die Beschlagnahme der Männer-Oberkleidung

bei der bürgerlichen Bevölkerung war in den letzten Wochen Gegenstand der Erörterung in der Tagespresse. Die Reichsbekleidungsstelle hat daraufhin eine Erklärung an die Zeitungen gelangen lassen, die viel und gar nichts besagt: Eine Beschlagnahme sei nicht geplant, sondern es handle sich nur um eine Organisierung der freiwilligen Abgabe getragener Kleidung, für die die Ablieferer einen angemessenen Preis erhalten sollen. Daß die Kleidernot der bürgerlichen Bevölkerung sehr groß ist, darauf hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen noch vor nicht langer Zeit hingewiesen. Diese Not rechtfertigt natürlich auch außerordentliche Maßnahmen, aber es muß doch stark bezweifelt werden, daß die Beschlagnahme, ob man sie nun beim rechten Namen oder verblümt „Organisierung der freiwilligen Abgabe" nennt, zum Erfolge führen kann. Es soll nicht geleugnet werden, daß ein Teil der reichen Mitbürger noch gut und sogar über den eigentlichen Bedarf hinaus mit Kleidung versehen ist, und sich auch weiter damit versorgen kann, da diese Kreise ohne Bedenken die jetzt geforderten Preise von 500 Mark und mehr für einen Anzug anlegen können. Aber ein sehr großer, ja der überwiegende Teil der männlichen Bevölkerung hat schon seit Jahren auf Neuanschaffungen verzichten müssen, weil die Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses das ganze Einkommen in Anspruch nahm. Das gilt neben den Arbeitern vor allen Dingen auch von den öffentlichen und Privatbeamten. Selbst wenn noch drei Anzüge vorhanden sein sollten, so sind diese ganz gewiß nicht mehr besonders lebensfähig und der nach Meinung der Reichsbekleidungsstelle vielleicht überflüssige dritte Anzug dient nur dazu, die Lebensdauer der beiden anderen ein wenig zu verlängern, da durch abwechselndes Tragen von drei Anzügen jeder einzelne naturgemäß weniger abgenutzt wird als bei dem Vorhandensein von nur zwei Anzügen diese beiden. Als „angemessen" betrachtet die Reichsbekleidungsstelle nach ihren Richtsätzen für getragene Kleidung 40—70 Mark für einen gut erhaltenen Anzug. Die Ablieferer werden aber in den wenigsten Fällen einen guten Anzug abliefern, sondern aus sehr begreiflichen Gründen aus ihrem Kleiderschrank den für sie entbehrlichsten, d. h den schlechtesten, heraussuchen. Wir sehen hier ganz davon ab, ob diese durch „organisierte freiwillige Ablieferung" zusammengebrachten Anzüge noch als Arbeitsanzüge dienen können und der Wiederherstellung überhaupt wert sind. Wir haben aber alle Ursache zu bezweifeln, daß der Erfolg überhaupt in irgend einem vernünftigen Verhältnis zu der aufgewendeten Organisationsarbeit stehen wird. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Fortnahme der angeblich überflüssigen Anzüge dazu führen wird, daß sehr zahlreiche Familien Neuanschaffungen vornehmen müssen d. h. sie werden vielleicht das Zehnfache der „angemessenen" Entschädigung aufwenden müssen, um das durch die Maßnahme der Reichsbekleidungsstelle gerissene Loch zu stopfen. Wir sind überdies der Meinung, daß die Beschlagnahme so lange unterbleiben muß, als noch genügend Ware im Handel vorhanden ist. Daß das der Fall ist, beweisen die Auslagen der großen Geschäfte. Man sorge für eine Beschlagnahme der neuen Kleidung und für ihre gerechte Verteilung zu erschwinglichen Preisen. Erst wenn dieses Mittel versagt, kann an den Griff in die Bestände der Privatleute gedacht werden. Die Uebernahme der Bestände darf allerdings nicht zu so hohen Preisen erfolgen, wie sie bis jetzt die Reichsbekleidungsstelle zu bewilligen für gut erachtet. Es darf nicht das Interesse des Handels ausschlaggebend sein, sondern, entsprechend der Aufgabe der Reichsbekleidungsstelle, die bürgerliche Bevölkerung mit Kleidung zu versehen, das der Verbraucher. Das ist leider nicht immer genügend beachtet worden, sonst wären so manche Unbegreiflichkeiten vermieden, wie z. B. die erst vor kurzem aufgehobene Bezugsscheinfreiheit der Luxusware. Es liegt auch nicht im Interesse der Verbraucher, daß die Stoffmaße für die „Reichsbekleidung" so reichlich bemessen werden, daß die mit der Herstellung beauftragten Unternehmer eine nicht unerhebliche Menge übrig behalten — wahrscheinlich liegt hier eine der Ursachen für die immer noch erhältlichen „bezugscheinfreien" Kleider und Stoffe —. Es liegt auch durchaus nicht im Interesse der Verbraucher, daß jetzt noch weiße Schürzen aus Wäschestoff hergestellt werden. Bei der allgemeinen Seifennot sind weiße Schürzen ein sehr entbehrlicher Luxusartikel und die Verwendung von Stoff dafür kann nur als sinnlose Verschwendung bezeichnet werden. Es wäre viel nötiger, Leibwäsche in größeren Mengen bereitzustellen.

Unsere Hoffnung auf eine Aenderung der Grundsätze bei der Reichsbekleidungsstelle sind nach den bisherigen Erfahrungen freilich nicht groß!

Ein Dokument aus „großer Zeit".

Der Magistrat sieht sich veranlaßt, die folgende Warnung zu erlassen:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Käufer von Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen, um eine Bevorzugung gegenüber anderen Käufern zu erreichen, den in den Geschäften zum Verkaufe Angestellten Geschenke machen, die bald in Blumen, Büchern, Theaterkarten, bald in Geld, ja selbst in Kleidungsstücken bestehen. Anderseits wird in einzelnen Geschäften Ware nur oder auch vorzugsweise an Käufer vom Lande abgegeben, welche den Verkäufern neben dem Kaufpreis Lebensmittel gewähren oder sich verpflichten, an Stelle eines Teiles des Kaufpreises Lebensmittel zu liefern. Da dies dahin geführt hat, daß in manchen Geschäften nur mehr solche Personen Ware erhalten, die den erwähnten Weg einschlagen, so wird daher darauf hingewiesen, daß ein solches Treiben als „unlautere Machenschaften", durch welche eine Steigerung des Preises der Waren herbeigeführt wird, nach § 5 der Verordnung vom 23. März 1916 R. G. B. S. 183 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder einer dieser Strafen geahndet wird. — Der Magistrat wird in jedem solchen Falle, der künftig zu seiner Kenntnis gelangt, die strafgerichtliche Verfolgung einleiten und außerdem durch Veröffentlichung der Namen solcher Käufer und Verkäufer, deren schamloses Treiben an den Pranger stellen.

Neue Bekanntmachungen.

Eier werden am Sonnabend in der Talamtschule auf die Nummern 1 bis 70 000 abgegeben.

Seefische sind am Sonnabend in den Fischgeschäften auf die Nummern 38 501 bis 45 500 zu haben.

Sirup gibt es ¼ Pfund.

Neue Milchkarten werden von Montag ab in den Markenausgabestellen und im Stadternährungsamte ausgegeben.

---

* **Eine gemeinnützige Baugenossenschaft zur Erbauung einer Kleinwohnungssiedelung** ist am Mittwoch unter dem Namen Bauverein Gartenstadt Genossenschaft m. b. H. in einer im Hotel Stadt Hamburg abgehaltenen Versammlung gegründet worden. Mit dieser Gründung sind die Bestrebungen der Ortsgruppe Halle der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, deren Anfänge bis in das Jahr 1911 zurückreichen, zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. An die Spitze des in der gestrigen Versammlung gewählten Aufsichtsrats ist der Stadtverordnetenvorsteher, Landtagsabgeordneter Geheimer Justizrat Dr. Keil getreten. Der neu gegründete Bauverein hat sich die Aufgabe gestellt, zur Linderung der nach dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot im Süden der Stadt auf einem unweit der Merseburger Straße gelegenen Gelände Wohnungen für Minderbemittelte in gartenstadtmäßiger Bauweise zu errichten. Die Vorarbeiten werden sofort in Angriff genommen. An die Erbauung der Häuser wird, sobald hierfür die Genehmigung des Kriegsamts zu erlangen ist, voraussichtlich noch in diesem Jahre herangetreten werden. — Ueber die Einzelheiten der geplanten Unternehmung wurde schon früher berichtet. Es sei wiederholt, daß es sich um Kleinwohnungen handelt von drei bis fünf Zimmern, die vorzugsweise in Einfamilienhäusern untergebracht werden und nach Möglichkeit je Wohnung Hausgarten und Kleintierstallung erhalten sollen bei einer Miethöhe von etwa 350 bis 700 Mk. je Wohnung. Die Geschäftsstelle des Vereins, an die Anmeldungen und Beitrittserklärungen zu richten sind, wird in Bälde bekanntgegeben. Vorläufige Anmeldungen nehmen entgegen Justizrat Dr. F. Keil, Poststraße 12, und Regierungsbaumeister a. D. J. Kallmeyer, Magdeburger Straße 49, III.

* **Beschränkung des Frachtstückgutverkehrs.** Heute und morgen, Sonnabend, wird die Annahme sämtlicher Frachtstückgüter zur Gewinnung von Wagen für Lebens-, Futter- und Düngemittel gesperrt. Eilige Lebensmittelsendungen dürfen als Eilstückgut angenommen werden. Erteilte Sonder-Genehmigungen sind für die bezeichneten zwei Tage ungültig.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten** am Montag, dem 25. März 1918, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. Errichtung eines Wohnungsamts. Landerwerb an der Merseburger Straße. Ersatz für Unwetterschaden. Nachbewilligung für die Schlosserstraßen-Schule. Wahl von Mitgliedern in die Kriegshilfskassen-Deputation. Haushaltsplan für 1918: Wasserwerk. Grube Karl-Ernst. Rechnungsergebnisse. Grundeigentum. Berechtigungen. Gewinnbringende Unternehmungen. Kapital- und Schuldenverwaltung. Allgemeine Verwaltung. Polizei-Verwaltung. Staats- u. Provinzial-Angelegenheiten. Kirchenwesen. Höhere Schulen. Frauenschule. Mittel- und Volksschulen. Fachschulen. Stadttheater. Museum. Zoologischer Garten. Armenwesen. Feuerwehr. Bauwesen. Stadtentwässerung. Nichtöffentliche Sitzung. Schiedsmannwahl. Bewilligung eines Zuschusses zur Kriegshinterbliebenen-Fürsorge. Anstellung eines Beamten.

* **Der Allgemeine Deutsche Sprachverein,** Zweigverein Halle, hielt am 18. d. M. seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Bremer, erstattete den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß die Mitgliederzahl auf über 520 gestiegen ist. Vortragsabende wurden 6 geboten, die alle gut besucht waren. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 4275 Mk., eine Ausgabe von 2505 Mk. auf. Der Vorstand wurde wiedergewählt, Mittelschullehrer Simon neu hinzugewählt.

* **Ein Händelverein** ist am Montag in der Stadt Hamburg gegründet worden. Sein Zweck und Ziel ist ausschließlich die Pflege der klassischen und vorklassischen Instrumental- und Sologesangsmusik, besonders der Händelschen. Der Händelverein wird zu diesem Zweck jährlich drei Konzerte veranstalten: ein Kirchenkonzert, ein Orchesterkonzert und einen Kammer- oder Hausmusikabend mit einheitlichen, stilvollen Programmen und unter Mitwirkung hervorragender Solisten. Die musikalische Leitung hat der Universitätsmusikdirektor Prof. A. Rahlwes.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, geht das Schauspiel David von Sebrecht in Szene. Sonnabend wird Alt-Heidelberg gegeben. Sonntag, nachm. 3 Uhr, Volksvorstellung Ein Volksfeind. Sonntag abend gelangt die Oper Gunlöd von Cornelius in der Bearbeitung Prof. von Baußnern zur Erstaufführung. Das Werk ist von Leopold Sachse in Szene gesetzt, während Oskar Braun die musikalische Einstudierung übernommen hat. Die Titelpartie ist Meta Touchy übertragen. Die Hela singt Henriette Böhmer, Odin: Karl Strätz, Suttung: Emil Fischer. Am Montag wird Das Dreimäderlhaus wiederholt.

* **Im Volkspark** geben morgen, Sonnabend, die Operettensängerin Anni Kühns und die Herren Kurt Lange und Franz Maßner einen Bunten Liederabend. Eine reichhaltige und gewählte Vortragsfolge bietet die Gewähr für einige genußreiche Stunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0006
DFG

* Im Walhallatheater wird heute zum erstenmal Herzlich Willkommen, Lustspiel in drei Akten von Max Neal und Max Ferner aufgeführt. Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt. Nachmittags ¼4 Uhr als Familienvorstellung bei den üblichen kleinen Preisen. Vielen Anfragen zufolge, teilt die Direktion noch mit, daß auch nachmittags alle Plätze numeriert sind.

* **Trichinenfund.** Bei einem von auswärts eingeführten Stück Rauchfleisch fand die Trichinenbeschauerin Frl. Anna Stemmler, Dieskauer Straße 2, Trichinen in beträchtlicher Anzahl. Das Fleisch wurde auf dem Schlachthof vernichtet.

* **Beim Stehlen erwischt.** Ein 17jähriger Arbeiter, der in der Dölauer Straße in eine unbeaufsichtigte Wohnung eingedrungen war und dort sämtliche Behälter durchsucht und sich Wäschestücke angeeignet hatte, wurde von einem anderen Hausbewohner festgenommen und der Polizei übergeben.

* **Flüchtiger Dieb.** Am 21. d. M. sind zwei polnische Arbeiter auf einem Rittergut bei Weißenfels von ihrem Mitarbeiter Wladislaus Szimanski um 2000 Mk. und zwei Anzüge, davon einer schwarz, der andere aus blauer Samthose (Manchester) und schwarzem Jackett bestehend, bestohlen worden. Der Beschuldigte, der flüchtig ist, ist 22 Jahre alt, groß, dunkelblond, bartlos und hat am Kinn ein großes unverbundenes Geschwür. Er trägt vermutlich einen der gestohlenen Anzüge. Mitteilungen, die zur Ermittlung des Beschuldigten dienen könnten, wollen an die Kriminalpolizei (Zimmer 36) gerichtet werden.

Wörmlitz. Die Gemeinderatswahl findet am Dienstag, dem 26. März, abends 7 Uhr, in Elstes Restaurant statt. Wir ersuchen die Wähler der 3. Abteilung, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die zu wählenden Kandidaten werden noch bekanntgegeben.

Radewell. Die Gemeinderatswahlen in der dritten Wählerklasse sind am Montag, dem 25. März, im Hoffmannschen Gasthof in Radewell abends von 6 bis 7 Uhr. Kandidat der Sozialdemokratie ist der bisherige sozialdemokratische Gemeinderatsvertreter Lagerhalter Otto Taube. Auf ihn müssen also alle klassenbewußten Arbeiter ihre Stimmen vereinigen!

Krieg und Wirtschaft.

Ersticken im Golde.

Zu den Gesellschaften, die von der Kriegskonjunktur besonders reichlich genossen und in eine hochgeschwellte Geldflut hineingestellt worden sind, gehört die Maschinenbauanstalt und Eisengießerei A.-G. vorm. Flöther. Das Unternehmen arbeitet mit 4 Millionen Mark Aktienkapital. Sein Hauptarbeitsgebiet ist die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen. Für diese Erzeugnisse bleiben die Aussichten auch nach dem Krieg ungemein günstig, denn der Mangel an Arbeitskräften bedingt die stärkere Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft. An eine geregelte und starke Zufuhr ist vorläufig nicht zu denken; anderseits bringt die „Angliederung" der russischen Gebiete an Deutschland der inländischen Industrie eine beträchtliche Erweiterung des Absatzmarktes. So eröffnen sich glänzende Aussichten für die Aktionäre des Flöther-Unternehmens, um so mehr noch, als es sich auch finanziell auf eine erhebliche geschäftliche Ausdehnung eingerichtet hat. Aus den Riesengewinnen der letzten Jahre wurde ein tüchtiger Sparstock angelegt. Der auf mindestens 1½ Millionen Mark zu bewertende Besitzstand des Unternehmens — zu dem Grundstücke in Breslau Gassen und Löwenberg gehören — ist bis auf 130 000 Mk. abgeschrieben worden. Die meisten Konten stehen nur noch mit 1 Mk. zu Buche. Im letzten Jahre sind für Instandhaltung der Anlagen allein 114 412 Mk. verwendet worden. Also beinahe so viel, wie der buchmäßige Wert aller Anlagen und Grundstücke der Gesellschaft beträgt. Die Aktiven des Unternehmens an: Bankguthaben, Kassa, Wechsel, Effekten und Warenforderungen ergeben rund 10 Millionen Mark, das 2½fache des Aktienkapitals. Daneben hat man noch, fast unbelastet, das gesamte Fabrikunternehmen. Trotz Vorwegnahme erheblicher Abschreibungen, deren ganze Höhe unbekannt ist, brachte das Unternehmen für das letzte Jahr noch einen Reingewinn von über eine Million Mark, beinahe 30 Prozent des Grundkapitals, heraus. **Hier hat man eine Offenbarung vom Segen des Krieges.**

12,30 Millionen Mark Aktienkapital — 39,84 Mill. Mark Reingewinn.

Gerade jetzt, wo die Affäre der Daimler-Werke unliebsames Aufsehen erregt, wird der Abschluß eines andern Unternehmens bekannt, der ebenfalls aufreizende Gewinnziffern bekanntgibt. Es handelt sich um die Rheinischen Metallwerke und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Das Unternehmen arbeitet mit 12,30 Millionen Mark Aktienkapital. Damit hat es in den letzten Jahren 39,84 Millionen Mark Reingewinn herausgebracht; wohlgemerkt, Reingewinn, nach Abzug aller Unkosten sowie der sehr hoch bemessenen Abschreibungen. In drei Jahren ist das nominelle Grundkapital mehr als dreimal als Reingewinn „erarbeitet" worden. Für das letzte Jahr ist die Höhe der Abschreibungen nicht angegeben; in den beiden voraufgegangenen Jahren machen die Abschreibungen rund 10½ Millionen Mark aus, also annähernd das ganze Aktienkapital. Sämtliche Anlagen — bis auf die Grundstücke — sind vollständig abgeschrieben, sie stehen nur noch mit 1 Mk. zu Buche.

Auch die Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik von Gebr. Bing A.-G. kann mit einem für die Aktionäre erfreulichen Abschluß aufwarten. Das Grundkapital beträgt 10,05 Millionen Mark. Der Reingewinn für das letzte Jahr ergibt 4,41 Millionen Mark. Für Ermittlung dieses Gewinnes sind 3,83 Millionen Mark für Abschreibungen verwendet worden. An Tantiemen werden über ½ Million Mark verteilt, die Aktionäre bekommen 20 Prozent Dividende.

Allerlei.

Der Luftverkehr nach dem Kriege.

Der Direktor des Oesterreichischen Lloyd, Dr. v. Bardasch-Wien, hielt in Berlin einen Vortrag über den Luftverkehr nach dem Kriege, in dem er ausführte: Der Weltkrieg hat die Flugzeugindustrie zu einem Höchstmaß an Leistungsfähigkeit angetrieben und überall tauchen Pläne auf, dieses modernste und schnellste Verkehrsmittel dem Frieden nutzbar zu machen. In Italien bestehen bereits einige Flugpost-Verbindungen. England beschäftigt sich lebhaft mit dem Plan einer Luftverbindung London—Indien, England—Amerika, ja sogar England—Afrika. In Schweden und Spanien sind ähnliche Bestrebungen im Gange; Frankreich unterhält einen Flugdienst nach Korsika, und in Amerika soll im Mai der Luftverkehr zwischen Washington und Neuyork aufgenommen werden. In Oesterreich-Ungarn hat sich bereits Anfang 1916 die Flag (Internationale Luftverkehrs-Aktiengesellschaft) gebildet, die alle Vorbereitungen für einen ausgedehnten Flugverkehr in der Monarchie und nach dem Balkan trifft. Die Strecke Wien—Konstantinopel soll in zwölf Stunden zurückgelegt werden. An die Hauptlinie Prag—Wien—Budapest—Belgrad—Sofia—Konstantinopel sollen sich Zweiglinien anschließen. Die Behörden, besonders die Postverwaltung, bringen der Flag das größte Interesse entgegen; es sei zu hoffen, daß auch in Deutschland die Heeresverwaltung ihre Bedenken gegen den Privatluftverkehr fallen lassen werde und daß die Interessengemeinschaft der Mittelmächte bald „in der Luft" besiegelt werde. Die technischen, juristischen und ökonomischen Probleme scheinen schwieriger als sie sind. Die Betriebssicherheit des Flugzeuges kommt heute schon der von Bahn und Dampfschiff gleich und wird stets vervollkommnet. Die juristischen Fragen hat die Budapester Luftrechts-Konferenz zum größten Teil bereits geklärt. Der Grundsatz, daß die Staaten gegenseitig die Durchfahrt durch ihren Hoheitsluftraum gewähren, scheine für Oesterreich-Ungarn und Deutschland, die Hauptdurchfahrtsstraße des künftigen Weltflugverkehrs, wenig günstig; sie sollten dieses wertvolle Zugeständnis nur gegen entsprechende Gegengaben machen. Nach vorläufigen Berechnungen würde auch das ökonomische Problem leicht lösbar sein; Handel und Wirtschaftsleben würden jedenfalls einen gewaltigen Aufschwung nehmen. Ernste Zusammenarbeit im Flugzeugwesen werde menschlicher Wirtschaft, menschlichem Geist und Fortschritt zum Heil und Segen gereichen.

Der Luftverkehr in Oesterreich. Wien, 20. März. Am Vormittag startete auf dem Flugplatz Aspern das erste Flugzeug zur Fahrt nach Kiew, um die Verhandlungen zwischen der österreichisch-ungarischen Regierung und der Ukraine zu beschleunigen und die Möglichkeit zu bieten, einen raschen Meinungsaustausch mit der Regierung durchzuführen. In wenigen Tagen wird die Eröffnung der Luftlinie Budapest—Odessa folgen. In den nächsten Tagen wird der Luftverkehr nur die dienstliche Post vermitteln. Es ist jedoch alles vorbereitet, daß die Luftlinie Wien—Krakau—Lemberg dem öffentlichen Luftpostverkehr übergeben werde.

Eine edle Dame und die Kinder der Streikenden.

Die Parteipresse berichtet: Eine Kriegerfrau, Mutter von mehreren Kindern, deren Ehemann schon seit drei Jahren an der Front steht, hat dieser Tage bei einer Gutsbesitzerin in Ostpreußen angefragt, ob ihre Kinder in diesem Jahre wiederkommen könnten. Darauf erhielt sie nachstehendes Schreiben:

Gut Treup, den 17. Februar 1918.

Meine liebe Frau!

Wir haben hier alle beschlossen, keine Kinder aus den Streikgebieten zu nehmen. Wir haben Krankenschwestern, Pflegerinnen aus den Lazaretten und Kinder wenig bezahlter kleiner Beamten (Bahn, Post) usw. zu nehmen beschlossen, wenigstens aufgefordert. Gerade Wittenau und Borsigwalde haben sich bei dem Streik hervorgetan. Das ist der Dank der Eltern, nachdem wir im vergangenen Jahre ihre Kinder gepflegt haben, sich gegen unser Vaterland aufzulehnen, dies zu verraten, unser Kaiserhaus stürzen zu wollen und mit unseren Feinden zugehen, denn auf das Geheiß der Russen, Engländer und Franzosen haben sich diese revolutionären Szenen in Bewegung gesetzt, also nicht mit unserem Vaterlande, sondern mit unseren Feinden gegen uns. Täglich sollten wir wieder die Kinder aus den Gebieten pflegen, damit solche Eltern uns die Verräterstirne ins Gesicht schleudern, da würden wir wohl keinen Funken Ehrgefühl und Vaterlandsliebe besitzen. Sie und viele andere werden mir sagen wollen, mein Mann ist nicht dabei gewesen, nun gut, mag sein, aber einer für alle und alle für einen. Solche Sachen und Menschen gehören nicht zum deutschen Volk. Wir müssen fest zusammenstehen in dieser ernsten Zeit. Wer sich ausscheidet, mag auch allein gehen.

Helene Steckmann.

Der Brief der Frau Helene Steckmann wird sicherlich unendlich zu dem von ihr empfohlenen „festen Zusammenstehen" beitragen.

Die deutsche Heldenjungfrau.

In der Schlesischen Zeitung lesen wir folgendes Inserat:

Sorgf. gebild., gr., j. Mädchen, christl. Gesinn., aus schön. und intell. german. Familie höh. pr. Beamt. u. Rittergutsbes., begabt, i. Haush. u. Landl. erfahr., würde mit geist. gebild., charaktervoll. Herrn entspr. Kreise v. L. i. Briefw. treten zwecks spät. Heirat. Gegens. kein Reichtum geford., doch geord., standesgem. Vermögen. Nur Mitgl. d. Vaterlandspartei wollen Zuschriften send. u. M. 97 Gst. d. Ztg.

Alle Achtung! Aber wir fürchten, diese Brunhilde inseriert vergebens nach ihrem Helden. Sie träumt von einem kernigen Siegfried und kriegt am Ende einen schlappen Günther, der sich mit einer Mark Beitrag für die Vaterlandspartei ein Anrecht auf ihr Herz erworben hat.

„Im Purpur geboren" wurde nach der Wiener offiziösen Korrespondenz Wilhelm das jüngste Kind des österreichischen Kaiserpaares. Damit soll gesagt sein, daß das Kind das erstgeborene nach der Thronbesteigung seiner Eltern ist. Uebrigens wurde die Mutter nicht von einem Knäblein, sondern von einem Erzherzog entbunden, und nicht der Säugling, sondern der Erzherzog ist gesund und kräftig. Vermutlich ist die neugeborene Se. K. u. K. Hoheit nicht in Verlegenheit um Höchstdero Windeln.

Beamte und Kirchgang. Im badischen Landtag hat der Zentrumsabgeordnete Schirrmeister beim Etat der Nervenheilanstalten es als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet, statt des Betsaales eine Kirche erbauen zu lassen, damit mehr Raum für die Besucher vorhanden sei. Der Zentrumsmann fordert, daß dem Wärterpersonal mehr Zeit zum Besuch des Gottesdienstes gewährt, daß aber insbesondere den Beamten zur Aufgabe gemacht wird, in die Kirche zu gehen, damit die gewöhnlichen Leute von der Meinung ablassen, es sei die Religionsübung nur für „das Volk" da. — Minister von Bodman lehnte es vorerst ab, den Beamten Vorschriften über den Kirchgang zu machen.

Kleinhaussiedelungen. Berliner Blätter melden: Der Berliner Stadtverordnete Waldeck Manasse, der der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion angehört, hat das bekannte Landgut Marienheim bei Köpenick an der Dahme von den Bolleschen Erben in Moabit für 800 000 Mark erworben. Manasse beabsichtigt, das in schönster Lage liegende Gut möglichst bald aufzuteilen und an Kleinhaussiedler in Erbpacht zu vergeben. Es soll nunmehr ein Bebauungsplan für das gesamte Kietzer-Gelände aufgestellt werden, weil dort die neu projektierte Eisenbahn Spindlersfeld—Storkow hindurch geführt werden soll.

Die englische Post versteht Spaß. Laut Financial News brachte Lord Hylton im Oberhause zur Sprache, daß ein an „den Ober-Expresser Londons" (The Extorioner General, London) gerichteter Brief von der Post unverzüglich an den Vorsitzenden des Landessteueramts bestellt worden ist.

Heiteres. Neulich las ich in der Zeitung folgende Kinoanzeige:

„**Harry wird Familienvater.**
Täglich 4.20, 6.10, 8 Uhr."

Ich schlage vor, dieses patriotische Verfahren patentieren zu lassen. (Jugend.)

Letzte Nachrichten.

Ernste Friedensversuche?

Aus Neuyork wird gemeldet, der amerikanische Senat habe Wilson eingeladen, die Frage nochmals zu prüfen, ob sich die Verhältnisse in Europa nicht zugunsten eines raschen Friedensschlusses gewendet hätten. Wilson habe erklärt, er sei auch von England zu diesem Schritt veranlaßt worden. England überlasse ihm die Freiheit der Entscheidung. Zum Zwecke einer gründlichen Information habe Wilson ein Mitglied der Regierung, zwei Senatoren und den Obersten House eingeladen, sich unverzüglich nach Paris zu begeben.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonnabend, den 23. März: Wolkig, mild, nirgends erhebliche Niederschläge.

Eine Einführung in die Oper Gunlöd.

Im Hallischen Stadttheater wird am nächsten Sonntag **Peter** Cornelius' Oper Gunlöd aufgeführt. **Theaterdirektor** Leopold Sachse sendet uns dazu die folgende Einführung in das Werk:

Als Peter Cornelius im Jahre 1866 die Dichtung der Gunlöd begann, wollte er nach seinen früheren Werken, dem Barbier von Bagdad und dem Cid einen deutschen Stoff bearbeiten. Der Edda, die er in einem Brief an seine Braut als die „göttliche, goldene Wiege unserer Dichtung" bezeichnet, hatte er die Anregung zu danken. „Deutsch soll mein dritter Stoff sein," so schreibt er weiter, „und was ist deutscher als dies!" .... Der Gang der Handlung bei Cornelius ist kurz folgender: Gunlöd, die Tochter Hiddolfs und Ernas, in deren treuer Hut das Kind aufwächst, wird von dem Thursen (Riesen) Suttung geraubt. Ihre Eltern erliegen den mörderischen Streichen Suttungs. Er birgt das Kind im Innern des Hnitberges, wo sie nichts mehr weiß von Himmel und Luft. In Trauer verbringt sie dort ihre Tage, bis Kwasir, der wandernde Wane (Wanen: nordisches Göttergeschlecht) zu Gast kommt, der ihr von ihren Eltern berichtet, sie heilige Runen lehrt und ihr von den Herrlichkeiten der Erde, von Walhall und Odins Macht erzählt. Suttung, der Riese, ermordet auch Kwasir. Sein Blut fängt er in goldener Schale auf und mischt es mit Honig. Aus diesem „heiligen Met", dem Zaubertrunk, den Gunlöd hüten muß, will Suttung später sich und seinen Sippen die Weltherrschaft gewinnen. Doch Kwasir hat sterbend Gunlöd die „Runen des heiligen Mets" zugeflüstert. Odin allein darf sie die Schale reichen, dessen Liebe sie belohnen wird. — Der einzige Trost Gunlöds nach der Ermordung Kwasirs sind die Berggeister, die aus der Gruft Kwasirs als Flämmchen aufsteigen und die Einsame umringen, wenn Suttung auf Jagd zieht.

Odin, der Gott, hat die Verkleidung als Knecht gewählt, um sich unter dem Namen Bölwerk bei Suttung zu verdingen. Gunlöd fühlt sich von wachsender Liebe zu dem Knecht Bölwerk erfaßt und erleidet den schwersten Seelenkampf, da sie auf des sterbenden Kwasirs Geheiß ihre Liebe, ihre Seele Odin wahren sollte. Bölwerk (Odin) heischt für den Dienst eines Winters von Suttung den ausbedungenen Lohn, nämlich einen Trunk von dem „teueren Met". Suttung weist ihn hohnlachend ab; als Bölwerk aber auf Erfüllung der Zusage dringt, eilt der Riese in seine Kammer, um die Keule zu holen, mit der er den überbegehrlichen Knecht erschlagen will. Gunlöd verbirgt Bölwerk in ihrem Gemach und bedeutet den zurückkehrenden Suttung, der Knecht sei ins Freie geflüchtet. Suttung erklärt nun Gunlöd, er wolle sie zu seiner Gemahlin erheben und schenkt ihr herrliches Geschmeide. Zur Hochzeit wolle er mit ihr und den Sippen den köstlichen Met (Kwasirs Blut) trinken und dann statt Odins und Friggas die Welt beherrschen.

Um die Sippen zur Feier zu laden, verläßt er Gunlöd, die dann Bölwerk (Odin) ihr Leid klagt. Ihm vertraut sie auch an, wie ihr Inneres zerrissen ist, da sie Bölwerk liebend, Odin die Treue nicht bewahren kann. Als die Berggeister wieder als Flämmchen erscheinen, tritt Bölwerk unter sie und verwandelt sie in ihre wirkliche Gestalt, so daß eine Schar herrlicher Jünglinge und Jungfrauen erscheinen, die Odin zujubeln. Gunlöd erkennt beseligt, daß Bölwerk Odin selbst ist und reicht ihm kniend Odröhrir, das Gefäß, das Kwasirs Blut enthält. Kwasirs Weissagung ist erfüllt: Gunlöd bringt Odin ihre Liebe dar und reicht ihm den beseligenden Trunk. Aber nur kurz ist Odins Liebesrausch. Gunlöd, die Sterbliche, darf ihm nicht nach Walhall folgen. Nur eine Möglichkeit gibt es: den Tod zu erleiden! Dann dürfen Lichtalfen sie nach Walhall tragen. Auf ihr Geheiß nennt ihr Odin die Rune, die die Lichtalfen zwingt, sie heißt: „Alfadur". Dann verläßt Odin die Entschlummernde, Odröhrir, das kostbar Gut, mit nach Walhall führend. — Suttung kehrt mit seinen Sippen zurück, um Hochzeit zu feiern. Er findet Gunlöd schlummernd und Suttungs Sippen, die Verkörperungen der Naturgewalten sind, wie die vier Winde, das Erdbeben, der Wasserfall, die Kratergesellen, Gold, Eisen usw., wecken die Braut mit einem derben Ständchen. Die entsetzt erwachende Gunlöd soll den Met darreichen, sie weigert sich aber und Suttung muß erfahren, daß das unschätzbare Gut entwendet ist. In wilder Wut wollen die Sippen Gunlöd in Stücke reißen, um sich an ihrem, statt an Kwasirs Blut zu laben, doch Suttung droht, daß er die Höhle über alle zusammenstürzen wolle, wenn einer Gunlöd berühre. Nur ihm allein liege die Bestrafung der Ungetreuen ab. Er weiht sie Hela, der Herrscherin des Totenreichs, indem er einen schwarzen Mantel über sie wirft. In mühsamer Wanderung muß sie ihm nun folgen bis an das Tor Helas, das am Ende der Erde liegt. Einen Strauß todbringender Blumen, gehalten von einer toten Natter, hat er für sie bereitet, aus dem sie sich Tod saugen soll. Er beschwört Hela und ihre Geister, die nur widerwillig die Erde betreten, Gunlöd mit sich zu führen. Gunlöd hat, bevor sie die Giftblumen küßt, aber das Zauberwort Alfadur gesprochen, das die Lichtalfen bannt. Während sich nun die Geister der Unterwelt anschicken, die tot hingesunkene Gunlöd hinabzuziehen, erscheinen strahlend vom Himmel herniederfliegend, die Lichtalfen, sie besiegen schnell das dunkle Heer und führen Gunlöds Leib mit sich nach Walhall. Dort erweckt sie Odin zu neuem ewigen, seligen Leben. In Liebe dem Gotte vereint, wird sie ihm fürderhin den weihenden Unsterblichkeitstrank reichen.

Es war Cornelius nicht vergönnt, die Komposition dieses Buches vollenden zu können. Im Jahre 1874 starb er und hinterließ nur Skizzen des ersten, zweiten und des Beginns des dritten Aktes. Karl Hoffbauer, ein junger Freund des Dichterkomponisten, führte die Instrumentation der zum größten Teil nur als Klaviersatz vorhandenen Fragmente sowie die Ergänzung der Oper aus. Auf Grund dieser, leider durchaus anfechtbaren, Partitur erschien im Jahre 1891 im Weimarer Hoftheater eine von Ed. Lassen besorgte Bearbeitung. Nachdem Max Hasse nachgewiesen hatte, daß diese Form des Werkes eine Versündigung gegen den Geist Cornelius' bedeute, zog Lassen seine Bearbeitung, die 1892 in Straßburg und 1893 in Mannheim noch aufgeführt wurde, von der Bühne zurück. 1903 erhielt Prof. Waldemar von Baußnern von der Familie des verewigten Meisters den Auftrag, an Hand der Originalskizzen die Gunlöd zu vollenden. Im Vorwort zu seiner Ausgabe sagt er u. a.: „daß ihm das Versenken in seine Aufgabe ein leuchtendes fruchtbares Erlebnis war, in dem mit allen Kräften seine Liebe zusammenfloß für den durch und durch echten, manchen Heros still überragenden Meister, der uns mit seinem „Hohen Lied der Seele", wie er selbst seine Gunlöd freudigen Stolzes nannte, „eine der köstlichsten Blumen deutscher Kraft geschenkt hat."

In der ersten Kopie der Dichtung steht von Cornelius' Hand: „In Wort und Ton Richard Wagner gewidmet." Wagner fand kein Wort der Anerkennung für das Werk des Freundes. Das wird jedem verständlich sein, der weiß, wie vernichtend Wagner über Hebbels Nieblungen geurteilt hat. Der Bayreuther Meister hielt sich für allein berechtigt, die alte deutsche Heldensage in dramatische Form zu gießen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180322-15/fragment/page=0007

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von Sirup wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Sonnabend, den 23. März 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 50 Pf. für das Pfund abgegeben werden.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Sirup einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 150 des Warenbezugsscheines XIV zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Sonnabend, den 23. März 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—7000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Seefisch-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Sonnabend früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht.

Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsscheine Nr. 14, Abschn. Nr. 154. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 38501—45500. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 154 des Warenbezugsscheines 14 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Montag, den 25., Dienstag, den 26., und Mittwoch, den 27. März 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden grünen Erbsen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Ersatzkohlen-Ausstellung!

Die Erhaltung des Schuhwerks liegt in der Jetztzeit nicht nur im Interesse jedes Einzelnen, sondern ist eine nationale Pflicht. Das noch aus dem Frieden vorhandene Schuhwerk ist ein kostbares Gut, das in derselben Qualität zurzeit nicht zu beschaffen ist. Am besten erfüllt man diese Pflicht, wenn der reparaturbedürftige Schuh recht bald, möglichst schon, wenn die Unterkohle dünn wird, dem Schuhmacher zur Reparatur übergeben wird. Dann wird die Reparatur billiger sein und vor allem sich erst aufs zweckmäßigste herstellen lassen. Da die Frage der Versorgung mit Schuhwerk für jeden eine ernste sein dürfte, ist der Besuch der bis zum 28. März in Halle, Leipziger Straße 17 (Altkleiderverwertungsstelle), stattfindenden Ausstellung der Ersatzkohlen-Gesellschaft auf Veranlassung des Reichswirtschaftsamtes zu empfehlen.

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Irrigateure
Verband-Watte,
Bett-Unterlagen,
Windelhöschen,
Gummi-Schläuche
sowie
sämtliche Bedarfs-Artikel
für
Wöchnerinnen
in großer Auswahl billigst.
Ferner
Baby-Wagen
zum Wiegen (auch leihweise).
Kranken-Fahrstühle.
4278
Hugo Nehab
Nachf.,
3 Gr. Ulrichstraße 3.
Marktnähe.
Auf Firma u. Hausnummer
bitte genau zu achten!

Schultornister 4294
kaufen Sie gut und billig bei
Sobel, Steinweg 45,
Reilstrasse 1.
Ammendorf: Bahnhofstraße 3.

Markttaschen
noch in gutem Wachstuch und Leder, 4336
preiswert zu haben.
Rucksäcke
in Stoff und Papierstoff.
Max Löschke,
Alter Markt 3.

K. Weinrich,
Roßschlächterei,
Bälbergerweg 30, Teleph. 1876,
3437 zahlt für
Schlachtpferde
die höchsten Preise.

Kopfwäsche
mit Frisur **1 Mark** an.
4399 von
Hauben-Netze
Stück 1.40 Mark.
Zöpfe
größte Auswahl, billige Preise.
Ankauf von ausgekämmtem Damenhaar.
Zopf-Siebert,
nur Leipzigerstr. 33 und 79 I.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Die neuen
Frühjahrs-Moden
in
Anzügen und Paletots
in allen Grössen — für jedes Alter.
Gediegene Machart.
Vorteilhafte Preise.
Bauchwitz
Herren- und Knaben-Moden
Markt 4.
Sonntags von ½ 12 bis ½ 2 Uhr geöffnet.
4391

Mit Rücksicht auf die vorhandenen knappen Bestände wird die Menge von Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn, welche der Stadt Halle zugewiesen wird, nur eine geringe sein. Die zugewiesene Menge kann daher nur Geschäften, welche **vorwiegend** mit Wirkwaren und ähnlichen Artikeln Handel getrieben haben (Manufakturwaren-, Weißwaren-, Schnittwaren-, Posamenten-Geschäften) zum Verkaufe abgegeben werden. Krämerläden, Geschäfte, welche mit Lebensmitteln Handel treiben, und ähnliche, die früher auch **nebenbei** Zwirn verkauft haben, können jetzt zum Handel nicht zugelassen werden. Kundenlisten, die von solchen Geschäften eingereicht würden, könnten keine Berücksichtigung finden.

Halle, den 21. März 1918. **Der Magistrat.**

4403
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.)
Halle, Harz 42/44
empfiehlt sich zur Herstellung aller Art von
Druckarbeiten
bei reeller Bedienung und billigen Preisen.

Milchkarten-Ausgabe.

1. Vom Montag, dem 25. März, bis einschl. Sonnabend, dem 30. März 1918, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken die neuen, vom 1. April an gültigen Milchkarten **für Kinder bis zu 6 Jahren, stillende Mütter und schwangere Frauen ausgegeben.**

Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

1. a) Der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört, b) der Stamm der alten Milchkarte.

2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist: a) ein Kind bis zu 6 Jahren: einen Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde); b) eine stillende Mutter: eine Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt oder einen Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden; c) eine Schwangere: eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammengewerbes zugelassenen Hebamme, daß Schwangerschaft in den letzten drei Monaten besteht.

Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge von Milch dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend.

Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die nunmehr eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge.

2. Die Erneuerung der auf Grund ärztlicher Atteste ausgefertigten Milchkarten sowie derjenigen für alte Leute über 75 Jahre erfolgt im Grundstück Marktplatz 22 (früher Hotel Goldner Ring), erste Etage, Saal links, nach folgender Ordnung: An Personen, deren Familiennamen beginnt mit den Buchstaben A bis G am Montag, dem 25. März 1918, H bis L am Dienstag, dem 26. März 1918, M bis R am Mittwoch, dem 27. März 1918, S bis T am Donnerstag, dem 28. März 1918, U bis Z am Sonnabend, dem 30. März 1918.

Bei der Erneuerung sind der Lebensmittelschein und der Stamm der alten Milchkarte vorzulegen. Eine Erneuerung der Karten findet nicht statt, wenn die Gültigkeitsdauer des Attestes inzwischen abgelaufen ist.

Milchkarten auf Grund der an den letzten Tagen überreichten Atteste werden nicht in den vorgenannten Stellen ausgehändigt, vielmehr erzeht wegen Abholung besondere Benachrichtigung.

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Gültigkeit der grünen Kohlenkarten.

In der Woche vom 25. bis 30. d. M. darf auf die Kohlenmarken Nr. 53 und 54 zusammen ein Zentner Briketts abgegeben werden. Bei geringem Kohlenvorrat ist die Abgabe von zunächst nur ½ Zentner auf eine der beiden Nummern zulässig. Die Nummern 48 bis 52 behalten ihre Gültigkeit. Es darf jedoch erst dann auf diese Abschnitte noch geliefert werden, wenn die Nummern 51 und 52 mit Kohle versorgt sind.

Die Kohlenhändler sind verpflichtet, alle in ihren Händen befindliche Kohlenmarken an jedem Montag mit der Wochenmeldung an die Ortskohlenstelle abzuliefern.

Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer Verordnungen vom 28. April und 26. November 1917. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen. (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk.)

Halle, den 21. März 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 28. März d. J. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 7 Uhr Nr. 3151—3290, um 8 Uhr Nr. 3291—3430, um 9 Uhr Nr. 3431—3570, um 10 Uhr 3571—3710, um 11 Uhr Nr. 3711—3850, um 12 Uhr Nr. 3851 bis 3990, um 1½ Uhr Nr. 3991—4120, um 2½ Uhr Nr. 4121 bis 4240, um 3½ Uhr Nr. 4241—4350.

Halle, den 21. März 1918. **Der Magistrat.**

Grudebezugsscheine.

Für die Zeit vom 24. März bis 18. Mai d. J. gelten vom Bezugsschein Nr. 4 die Abschnitte Nr. 9 bis 16. Die Abschnitte Nr. 1 bis 3 verfeuern mit dem 23. d. M. ihre Gültigkeit.

Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montag die Abschnitte, auf welche in der vorhergehenden Woche Grudekoks geliefert worden ist, an die Ortskohlenstelle abzugeben.

Diese Bestimmung gilt als Ergänzung unserer Verordnungen vom 28. April und 8. September d. J. Zuwiderhandlungen unterliegen den darin enthaltenen Strafbestimmungen. (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis 1500 Mk.)

Halle, den 21. März 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Nach Mitteilung der Reichsbekleidungsstelle wird die Verwendung der alten Bezugscheinverbrauch A I und B I in kurzer Zeit verboten werden. Gewerbetreibende, die noch einen größeren Bestand dieser Bezugscheine auf Lager haben, werden ersucht, den genauen Umfang des Bestandes bis spätestens den 25. d. M. der Reichsbekleidungsstelle, Verwaltungs-Abteilung (Druckschenverwaltung) in Berlin W 30, Nürnberger Platz 1, mitzuteilen.

Halle, den 22. März 1918. **Der Magistrat.**

Max Berndorff,
Geiststrasse 22, 2. Geschäft Hallmarkt,
empfiehlt 4385
Damen- u. Kinder-Strümpfe, Handschuhe, Blusenkragen, Untertaillen, Korsetts, Kinder-Mützen, Herrenkragen, Serviteurs, Krawatten, Hosenträger.

Böhlert's Roßschlächterei. 4395
Glauchaerstraße 75.
Sonnabend vorm.: Nr. 1601—2000.

Gebrauchte Möbel:
Wäschegarnitur, Sieg- und Vierzug-Tische, Trumeaus, Spiegel, Schreibtische, Bettstellen mit Matratz, Stühle, Büfetts, Kleiderschrank, Schlafzimmer-Einrichtung verkauft 4401
Friedrich Pelleke,
Geiststrasse 25.

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Blei-, Zeichenblocks, Zeichenständer, Torniter usw.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Metallarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher 4402
Paul Wache,
nach längerem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmitt. 3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, des Gusssputzers

Gustav Enke

sage ich meinen Verwandten und Bekannten sowie seinen Arbeitskollegen besten Dank. Auch herzlichen Dank Herrn Pastor Kindervater für seine trostreichen Worte am Grabe. Auch danke ich der Firma Magdeburg u. Werther für die schöne Kranzspende.

4394 **Frau Minna Enke.**

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender
Veranstaltungen
der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag, den 22. März, pünktlich abends ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Ling. Staubtestraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turnen. Kraft-Uebungsstunden.
Touristen-Ver. „Naturfreunde." Sonntag den 24. März: Wanderung nach dem Spielberg. Abmarsch: 8 Uhr vom Wettiner-platz.
Zu Ostern: Gotha—Inselberg—Eisenach.